

Für eine

LINKE der ZUKUNFT

Thesen zu jungsozialistischer Politik

Für linke Politik standen die Vorzeichen in den letzten Jahren schlecht. Der realexistierende Sozialismus war gescheitert und eine Alternative zum Kapitalismus damit scheinbar diskreditiert. Dem entsprach, dass die Behauptung des „There is no Alternative“-Prinzips (TINA) der Konservativen von den linken Kräften des Parlamentarismus übernommen und für das links-liberale Bürgertum als vermeintlich entideologisierte Politikform des einzig Möglichen serviert wurde.

Auf der anderen Seite wuchs bei vielen links politisch Interessierten die Überzeugung, Parteipolitik führe zwangsläufig zu Konformismus, Opportunismus und Karrierestreben. Als Beweis mussten ehemalige 68er herhalten, die sich von alten Idealen abgewandt und diese nunmehr als spannende Geschichten ihrer Jugend abtaten.

Die Früchte der Politik der scheinbaren Alternativlosigkeit und Sachzwänge sind heute allgegenwärtig: soziale Spaltung, Armutszunahme, prekäre Beschäftigungssituationen. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, diese Zustände zu akzeptieren. Das bedeutet nicht, dass die Skepsis junger Menschen gegenüber Parteipolitik abgenommen hat, aber damit haben sich die Vorzeichen und Chancen für linke Politik geändert.

Jungsozialistische Politik trägt die Überzeugung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, um ein freies und gleiches Leben für alle zu verwirklichen. Wir gehen davon aus, dass nur wenn Freiheit, Gleichheit und Solidarität erkämpft werden, eine menschliche Gesellschaft verwirklicht werden kann. Wir wissen, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität noch nicht erreicht sind, sondern der Kampf um sie die Aufgabe der sozialistischen Bewegung ist. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus. Die Grundwerte waren der Maßstab, an dem sich SozialdemokratInnen als Teil der ArbeiterInnenbewegung gemessen haben. Sie sind die Grundlage für den politischen Erfolg, den die SPD als Partei immer wieder erzielen konnte.

Wir Sozialistinnen und Sozialisten geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wollen, dass es den Menschen besser geht. Daher streiten wir für eine Überwindung der Verhältnisse, in denen der Mensch ausgebeutet wird und die nach wie vor in historisch wandelbarer Gestalt fortbestehen.

Den demokratischen Sozialismus zu erreichen, ist dauernde Aufgabe. Ihn exakt zu definieren, ist unmöglich. Es ist eine unmögliche Aufgabe und nicht wünschenswert,

Kapitel I

Intro

These 01

Voraussetzungen linker Politik heute

These 02

Wohin wir gehen

eine Vision bis ins kleinste Detail aus den heutigen Verhältnissen heraus zu beschreiben. Diese Verhältnisse werden nicht nur von uns heute geformt, sondern formen auch uns und unsere Vorstellungswelten. Für uns ist aber wichtig klar zu stellen, dass das derzeitige System ein System der Ungleichheiten darstellt und wir deshalb nach anderen Formen des Zusammenlebens suchen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kritik am bestehenden System zu formulieren und aus dieser Kritik die Kraft zu schöpfen, für eine andere gesellschaftliche Verfasstheit zu kämpfen. Es hilft nicht, wenn ein „Arbeiterführer“, eine „linke Elite“ oder eine „Avantgarde“ der Gesellschaft ein Modell aufzwingen will. Die Diskussion darüber, wie eine Gesellschaft anders aussehen kann, sehen wir als Teil unseres Kampfes. Ziel ist eine demokratische Verständigung über die Frage, wie eine andere Gesellschaft aussehen und organisiert werden kann. Die Vision ist nur durch Menschen und ihre Überzeugung verwirklichtbar. Daraus ergibt sich jedoch auch, dass jetzt nicht feststehen, was am „Ende“ dieses Überwindungsprozesses steht. Der demokratische Sozialismus ist also ein Ergebnis demokratischer Prozesse, das nicht vorweg bestimmt werden kann.

Seit der auf dem Münchner Juso-Bundeskongress 1969 mit der demonstrativen Abwahl des damaligen Bundesvorsitzenden vollzogenen „Linkswende“ verstehen sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD sowohl als eigenständige linke Jugendorganisation als auch als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. Dieses doppelte Selbstverständnis prägt die Jusos trotz vielfältiger Brüche in den vergangenen Jahrzehnten auch heute noch.

Trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen des Verbandes eint die Jusos seit der Linkswende die Überzeugung, dass der „demokratische Sozialismus“ des SPD-Grundsatzprogramms nur durch eine grundlegende Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation Wirklichkeit werden kann. Dabei gab es im Verband unterschiedliche Einschätzungen in der Analyse des realexistierenden Kapitalismus, in der Frage der Strategie antikapitalistischer Gesellschaftsveränderung und in der Bewertung der Rolle der Sozialdemokratie. Diese Differenzen wurden in äußerst heftigen Flügelkämpfen ausgetragen, ohne jedoch das gemeinsame sozialistische Selbstverständnis der Jusos in Frage zu stellen.

Ausgangspunkt der Linkswende der Jusos waren das Wiederaufbrechen der kapitalistischen Krisenhaftigkeit in der BRD Mitte der sechziger Jahre, das den Glauben an die immerwährende Prosperität der „Wirtschaftswunder“-Jahre erschütterte. Im Zuge der antiautoritären Studentenrevolte strömten massenhaft junge kritischer Studierende und SchülerInnen in die SPD. Die Reformeuphorie zu Beginn der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt wirkte als Katalysator für gesellschaftsverändernde Bestrebungen vor allem in der Jugend.

Nach der vollzogenen Linkswende bildeten sich bei den Jusos Anfang der 70er Jahre unterschiedliche Flügel heraus. Während die „reformsozialistische“ Strömung (im Juso-Jargon „Refos“) sich die Überwindung des Kapitalismus durch schrittweise „systemüberwindende Reformen“ durch eine SPD-Regierung vorstellte, beharrten andere Teile der Jusos auf einer „Mindestschwelle der Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, unterhalb dieser alle Reformen der kapitalistischen Gesellschaftsform verhaftet bleiben und immer wieder in Frage gestellt werden würden.

Unterschiedliche Auffassungen gab es in der Einschätzung des Strukturwandels der kapitalistischen Gesellschaft. Die im „Hannoveraner Kreis“ zusammengeschlossene Juso-Linke orientierte sich in ihrer Strategie an der vor allem aus Frankreich übernommenen Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ („Stamokap“), die davon ausging, dass sich der Kapitalismus durch die immer stärkere Konzentration und Zentralisation

Kapitel II 40 Jahre Linkswende der Jusos – Kontinuität im Wandel

These 03
Selbstverständnis der Jusos

These 04
Die Linkswende und die Jusos in den 70er Jahren

des Kapitals zu einem von einigen wenigen Monopolen beherrschten System entwickelt hätte, bei dem sich die Monopole den formal demokratisch organisierten Staatsapparat zunehmend unterordnen würden. Gegen diese Theorie wandte sich vor allem die Strömung der „Antirevisionisten“, die einen monopolistischen Strukturwandel der kapitalistischen Gesellschaft bestritten, da dieser durch die kapitalistische Konkurrenz immer wieder gesprengt werden würde. Aus diesem Grunde wurde auch die der Stamokap-Theorie immanente Strategie antimonopolistischer Bündnisse zwischen ArbeiterInnenklasse, nichtmonopolistischen Kapitalgruppen und kleinbürgerlichen Zwischenschichten verworfen.

Unterschiedliche Auffassungen gab es schließlich in der Einschätzung der Rolle der SPD und in der Bedeutungszumessung der beiden Seiten der „Doppelstrategie“. Die Reformsozialisten stellten Parteiarbeit in der SPD und Arbeit in sozialen Bewegungen unvermittelt nebeneinander. Die „Antirevisionisten“ hielten die Politik der SPD für unaufhebbar reformistisch an die kapitalistische Gesellschaftsformation gebunden und sahen deshalb die zentrale Aufgabe der Jusos alleine in der Entfaltung autonomer Gegenmachtpositionen außerparlamentarischer Basisbewegungen. Die Juso-Linke betrachtete die „Doppelstrategie“ als einen Hebel für die „prinzipiell lösbare Kampfaufgabe“, die SPD zu einer „wirklich sozialistischen“ Partei zu machen. Mit der Stärkung des in realen Klassenkämpfen wachsenden sozialistischen Bewusstseins in der ArbeiterInnenklasse würde sich dieses auch in der SPD, die man als „reformistische Arbeiterpartei“ ansah, durchsetzen.

In den „Herforder Thesen“ zur Arbeit von Marxisten in der SPD von 1980 entwickelte die Juso-Linke die Theorie des „demokratischen Übergangs zum Sozialismus“, der sich durch das Bekenntnis zum Mehrparteiensystem, zur garantierten Meinungs- und Organisationsfreiheit vom Realsozialismus in der Sowjetunion, der DDR und den anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa abhob. Der Untermauerung dieser Unterscheidung diente auch die bei den Jusos in den 80er Jahren verbreitete Rezeption des „Austromarxismus“ in der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegsperiode.

In den 80er Jahren zeigten sich gesellschaftliche Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft selbst: Der wirtschaftlicher Strukturwandel im Zuge der wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen, die Auflösung traditioneller Arbeitermilieus im Prozess der zunehmenden Individualisierung, die Entstehung neuer sozialer Bewegungen jenseits des unmittelbaren Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, die Entstehung der Partei der Grünen.

Diese Entwicklungen zerstörten alte Gewissheiten und führten wie in anderen Teilen der bundesdeutschen Linken auch bei den Jusos zu strategischen Neuausrichtungen. Diese bezogen sich unter anderem auf ein neues Verständnis des Verhältnisses Ökonomie und Ökologie, auf die „Zukunft der Arbeit“ (bei der sich Teile des Juso-Verbandes zu einem die Erwerbsarbeit relativierenden „Recht auf Faulheit“ bekannten) und vor allem – unter dem Begriffspaar „Sozialismus und Feminismus“ – auf eine neue Bewertung der Geschlechterverhältnisse für eine emanzipatorische Gesellschaftsveränderung.

Mit der „jugendpolitischen Orientierung“ versuchten die Jusos in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine spezifische Antwort auf die zunehmende Individualisierung im Kapitalismus zu geben, in der auch ihre Rolle als Jugendverband wieder stärker in den Mittelpunkt der Aktivität gerückt werden sollte. Strategischer Ausgangspunkt war die Analyse einer im Zuge verlängerter Ausbildungszeiten sich herausbildenden eigenständigen Jugendphase im Kapitalismus. Die gewachsenen Lebensansprüche der Jugendlichen wurden als eine emanzipatorische Potenz begriffen, ihre Verteidigung gegen die kapitalistische Zurichtung als Hebel zur Gewinnung der Jugendlichen für sozialistische Politik.

These 05
Die Jusos in
den 80ern

Das Dilemma dieser emanzipatorisch gedachten Neuausrichtungen sozialistischer Strategie bei den Jusos war ihr zeitliches Zusammentreffen mit dem Zusammenbrechen der realexistierenden Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft im Jahre 1989. Trotz aller Distanzierung der Jusos vom Sozialismus-Modell in Osteuropa, waren auch die Jusos von dessen Zusammenbruch betroffen.

Die Vorstellung einer möglichen grundsätzlichen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsform schien insgesamt diskreditiert.

Was in der Juso-Strategiediskussion in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als Modernisierung sozialistischer Politik gedacht war, geriet jetzt unbeabsichtigt zu einem Element der Defensive sozialistischer Vorstellungen. Schon die als Nachfolge-Projekt der Herforder Thesen gedachten „53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus“ von 1989 hatten in versuchter Aufhebung des „Gegensatzes von Reformismus und revolutionärem Sozialismus“ zur zentralen Aufgabe von SozialistInnen erklärt, sich aktiv reform-politisch „in die nächste Phase kapitalistischer Entwicklung einzuschreiben“. Nun geriet der Sozialismus in der Grundsatzklärung der Juso-Linken von 1991 (in abgewandelter Form auch als Grundsatzklärung des gesamtdeutschen Juso-Verbandes 1991 vom Potsdamer Bundeskongress beschlossen) gar zur Aufgabe, „in den ökonomischen, sozial-kulturellen und politischen Verhältnissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Grundlagen für einen entwickelten Sozialismus so weit wie möglich auszubauen.“ In dieser Vorstellung verwischten sich die grundlegenden Unterschiede zwischen kapitalistischer und der sozialistischer Gesellschaft. Und die „jugend-politische Orientierung“ der Jusos in den 80er Jahren verwandelte sich in den 90er Jahren mit der Konzeption der „Jugendlinken“ von einer auf die Gesellschaft gerichteten Strategie zu einem rein organisationspolitischen Ansatz eines Bündnisses von Jugendverbänden.

Die Ende der 90er Jahre und Anfang dieses Jahrzehnts geführte neue Strategiediskussion bei den Jusos unter dem Titel „Neue Zeiten denken!“ versuchte schließlich aufbauend auf den Debatten von Anfang der 90er Jahre die sich im Zuge der neuen Kommunikationstechnologien und der New Economy abermals verstärkende Individualisierung der Gesellschaft, die vor allem die Jugendgeneration prägt, in einem Ansatz aufzunehmen, in dem „Ansprüche auf eigene Leistungserbringung“ mit dem Wunsch nach solidarischen Gesellschaftsverhältnissen miteinander verbunden werden sollten. Mehr oder weniger ausgesprochen war dieser Ansatz zugleich Widerspiegelung und Antwortversuch auf die im Umfeld von Gerhard Schröder für die Politik der rotgrünen Bundesregierung entwickelten Strategien der „neuen Sozialdemokratie“ mit ihrer Verbindung von „Innovation und Gerechtigkeit“, von „Fordern und Fördern“. Der Begriff der „Leistung“ wurde zu einem positiv bewerteten Begriff, wobei seine kapitalistische Formbestimmtheit unhinterfragt blieb. Im sozialdemokratischen Diskurs rund um die Hartz-Gesetzgebung wurden jetzt auch soziale Ansprüche an die Erbringung von „Gegenleistungen“ der Menschen gebunden.

Wenn sich trotz dieser Relativierungen und Anpassungstendenzen in den letzten Jahrzehnten sozialistische Grundvorstellungen der Jusos in Form einer die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse überwindenden Zielorientierung mehrheitlich erhalten haben, dann rührt das vor allem daraus, dass die Widersprüche kapitalistischer Logik und der auf ihre systemimmanente Gestaltung gerichteten Politik der SPD Menschen stets aufs Neue zu Widerstand in Form sozialer Bewegungen herausfordert. An diesen sozialen Bewegungen waren und sind die Jusos immer wieder beteiligt gewesen: Kampf gegen die Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er Jahre, Kampf gegen die Militarisierung deutscher Außenpolitik durch die Beteiligung der Bundeswehr an sog. Auslandseinsätzen, globalisierungskritische Bewegung, Proteste gegen „Hartz IV“ und die „Agenda 2010“.

These 06
Die Jusos in
den 90ern

These 07
Die Jusos in
den 2000ern

These 08
Die Jusos
heute

Die „Doppelstrategie“ der Jusos bestätigt sich auf diese Weise als immer wieder aktualisierter Impuls, sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen abfinden zu wollen, sondern diese zu verändern. Die tatsächliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse erfordert demgegenüber stets aufs Neue eine zeitgemäße Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Entwicklung einer diese Gesellschaft überwindenden politischen Strategie.

Kapitalismus ist das dominante Strukturprinzip der Gesellschaft. Die ihm innewohnende Logik und Dynamik der Verwertung durchzieht alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander.

Diese Totalität des Kapitalismus determiniert auch seine Gegnerschaft. Weder kommunal verwaltete Schwimmbäder noch das besetzte Haus mit Volksküche untergraben die Strukturmerkmale der Verwertungslogik. Sie sind im besten Fall erkämpfte Rettungsringe der Vernunft im Meer der Unvernunft.

Um die inneren Zwänge der kapitalistischen Produktionsweise hinreichend darstellen zu können, müssen die strukturierenden Gegensätze näher betrachtet werden. Diese Gegensätze stellen sich nicht personifiziert dar, sondern müssen als Strukturelemente in ihrer Abstraktheit begriffen werden. Der Kapitalismus hat bewiesen, dass er sich immer wieder auf neue Bedingungen einstellen konnte und seine Strukturprinzipien mit neuem Gesicht erhalten konnte. Die jeweiligen Strukturen spiegeln sich in permanenten Auseinandersetzungen der Akteure wieder. Die Rolle der Akteure ist durch die historische Konstellation bestimmt und umgekehrt bestimmen die Auseinandersetzungen der Akteure und die Ergebnisse dieser Prozesse die Strukturen immer wieder neu.

Kapital und Arbeit als Antagonismus bedingen sich gegenseitig und lassen sich nicht hierarchisieren. Im Folgenden wird aber versucht, sie einzeln zu charakterisieren.

Triebkraft kapitalistischer Gesellschaft ist die Suche nach immer neuen Verwertungsmöglichkeiten für das eingesetzte Kapital. Dies ist der entscheidende Unterschied zu nicht kapitalistisch strukturierten Gesellschaften: die Vermehrung des eingesetzten Kapitals ist das eigentliche Ziel der Produktion. Dabei bildet das Kapital keinen homogenen Block. Im Gegenteil: unterschiedliche Einzelkapitale stehen in Konkurrenz zueinander und treiben sich durch die Entwicklung immer neuer Produktionsweisen und Waren gegenseitig an.

Durch Innovation bei Produkten und Produktionsweise ist es möglich, in der Konkurrenz zu bestehen und überdurchschnittlichen Profit zu erwirtschaften. Daher braucht es einen wachsenden Kapitalstock, um zumindest mit der durchschnittlichen Produktion mithalten zu können. Ein Ausbrechen aus dieser Logik bedeutet dabei den Verlust an eigenen Produktionsmöglichkeiten und damit des eigenen Kapitals. Der eigentliche und logisch notwendige Zweck der Produktion ist nicht die Bedürfnisbefriedigung, sondern die Vermehrung des eingesetzten Kapitals.

Diese Entwicklungen geschehen im Kapitalismus weder starr noch linear. Denn die Konkurrenz der einzelnen Kapitale bringt nicht nur immer wieder Neues hervor, sie führt notwendigerweise auch zum Zusammenbruch einzelner Kapitalisten, Wirtschaftszweige oder ganzer Volkswirtschaften. Dies geschieht immer dann, wenn mit den eingesetzten Mitteln nicht der notwendige Profit erwirtschaftet werden kann und so das im Laufe der Zeit akkumulierte Kapital nicht mehr der Kapitallogik entsprechend eingesetzt wird. Dieses wird dann von anderen Kapitalen aufgesammelt und es kommt zu einer zunehmenden Konzentration der Produktionsmittel. Wenn dies in größerem Umfang geschieht kommt es zur Machtverschiebung innerhalb der Kapitalfraktionen.

Kapitel III
**Don't fight
the player,
fight the
game**

These 09
Kapitalismus
als Totalität

These 10
Das Kapital

Dem Kapital steht in unserer Gesellschaft die Arbeit als zweites strukturierendes Element gegenüber. Arbeit ist nicht nur für die überwiegende Mehrzahl der Menschen von entscheidender Bedeutung bei der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts; ohne Arbeit wird auch die Produktion von Waren und Dienstleistungen unmöglich. Um das Notwendige zu produzieren, ist die Gesellschaft daher auf Arbeit angewiesen.

Nur durch Arbeit entsteht im Produktionsprozess mehr als die Summe der einzelnen Teile. Arbeit erzeugt den Mehrwert, der im Kapitalismus allerdings nicht denjenigen zufließt, die ihre Arbeitskraft veräußern, sondern denjenigen, welche die Produktionsmittel zur Verfügung stellen.

Im Kapitalismus ist das Feilbieten der eigenen Arbeitskraft formal frei. Für den einzelnen ist Arbeit aber in den meisten Fällen die einzige Möglichkeit, sich den Lebensunterhalt zu sichern. Während Arbeitskraft fast allen zur Verfügung steht, sind die Produktionsmittel höchst ungleich verteilt. Dieser Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, um zu überleben und die Konkurrenz der Menschen untereinander um Arbeitsplätze, ist ein weiteres strukturierendes Element des Kapitalismus.

Über die Stellung innerhalb der Produktion wird jedem seine gesellschaftliche Stellung zugewiesen, aber auch die Selbstwahrnehmung definiert. Deshalb ist in der kapitalistischen Gesellschaft Erwerbsarbeit auch für den einzelnen Menschen und die Gestaltung seines Lebens zentrales Element.

Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse ist dabei im Kapitalismus nicht festgelegt, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, um Bedingung und Organisation von Arbeit, um die Frage nach Entlohnung und darum, was an Qualifikation und Reproduktionsarbeit notwendig ist, um die eigene Arbeitskraft herzustellen und zu erhalten. Zur Arbeit gehört auch der Erhalt der eigenen Arbeitskraft.

Diese Reproduktionsarbeit ist notwendige Bedingung für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus. Die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel und der Zwang der Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, ist die Grundlage dafür, dass der bei der Produktion entstehende Mehrwert nicht ihnen, sondern den Kapitaleigentümern zu gute kommt. Mehrwert ist der Wert, den ein Arbeiter durch seine Arbeit in ein Produkt steckt und der über den Ersatz für seine Arbeitskraft, d.h. den Lohn, und der eingesetzten Produktionsmittel hinausgeht. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander beeinflusst die Verteilungsverhältnisse zugunsten des Kapitals und sorgt in der Tendenz dafür, dass der Mehrwert im Verhältnis zum Lohn der Arbeiter anwächst.

„[I]mmer übersetzt der Staat den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion in politische Form. In Zeiten von Krise und sozialer Unruhe tritt dies krude und unverbrämt zu Tage; es zeigt sich darüber hinaus in den Präventivstrategien, die darauf gerichtet sind, die Krise einzudämmen oder besser zu verwalten. Aber es gilt auch für den ‚Normalfall‘ einer friedlichen und befriedeten Reproduktion, die innerhalb und vermittelt der Institutionen vor sich geht.“
(Johannes Agnoli)

Im Staat verdichten sich die Kräfteverhältnisse der Klassen, das macht ihn zum Austragungsort für Kämpfe der widerstreitenden Interessen. „Den“ Staat gibt es nicht. Staatlichkeit ist jeweils das Produkt der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Staat und gesellschaftliche Verhältnisse zwischen Klassen und Gruppen beeinflussen sich gegenseitig: Über- und Unterordnung spiegeln sich in den Institutionen und Apparaten des Staates wider, der Staat selbst nimmt durch seine vielfältigen Handlungsformen Einfluss auf das Gefüge der Produktions- und Klassenverhältnisse.

These 12
Der Traum
vom neutralen
Staat

Kapitalismus braucht keinen bürgerlichen Rechtsstaat, er kann aber nützlich sein. Demzufolge ist der Staat nicht nur Rechtsstaat, der einen formalen Rahmen setzt und die Einhaltung dieses Rahmens durch sein Gewaltmonopol absichert. Im Kapitalismus sind dem Staat bestimmte Aufgaben zugewiesen.

Staatsbildung und die Existenz von Nationen waren und sind Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus. Eine grundlegende Funktion des Staates ist die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Dies geschieht durch ökonomische Tätigkeiten, Gesetze und das Gewaltmonopol. Auch in der gegenwärtigen Phase ökonomischer Globalisierung sichert der Staat die neoliberalen Interessen institutionell und ideologisch ab (‚innere Sicherheit‘, Standortfaktoren, ‚Festung Europa‘, Agenda 2010, etc.). Er ist Garant der materiellen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation. Ob Bildung, Infrastruktur oder die Durchsetzung nationaler Interessen mittels Kriegen, der Staat erfüllt die ihm zugeordnete Funktion als Dienstleister des Kapitals. Er kann auch gar nicht anders. Durch die strukturelle Abhängigkeit von ökonomischer Prosperität durch die Steuereinnahmen ist es schlichter Eigennutz, die ökonomische Verfasstheit strukturell gewalttätig und notfalls militärisch abzusichern.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Hier und Jetzt durchaus Akzentverschiebungen möglich sind. Zu den Basisaufgaben bürgerlicher Rechtsstaaten gehört der Soziale Frieden ebenso wie die Autobahnzufahrt zum Industriegebiet.

Der Staat ist nicht einfach das Instrument der herrschenden Klasse, die ihrerseits von Konflikten um die Vorherrschaft geprägt ist, sondern stellt ein Terrain von Auseinandersetzungen dar. Noch immer ist Staatlichkeit für gesellschaftliche Gestaltung im kapitalistischen System entscheidend. Wer für eine fortschrittliche Politik kämpft, muss offensiv in die Auseinandersetzung um die Rolle und Aufgaben des Staates gehen. Für Jusos ist die Bedeutung des Staates daher stets ambivalent.

Neben dem Kapitalismus gibt es noch weitere Strukturen, die verhindern, dass Menschen in dieser Gesellschaft frei und gleich miteinander leben. Patriarchale Strukturen führen dazu, dass es noch immer ungleiche Verhältnisse zwischen Frauen und Männern gibt. Rassistische und antisemitische Diskriminierung sind Realität in diesem Land. Nicht richtig ist es davon auszugehen, dass es sich hier um Wirkmechanismen handelt, die losgelöst nebeneinander stehen. Die Zuordnung der unbezahlten Reproduktionsarbeit an Frauen hat einen entscheidenden Anteil an der Stabilität der kapitalistischen Ordnung gehabt.

Rassistische Ideologien wurden benötigt, um imperialistische Kriege gegen andere Länder zu führen.

Deshalb ist es nötig, nicht nur gegen den Kapitalismus sondern auch gegen weitere Ungleichheiten wie Rassismus und Patriarchat zu kämpfen. Entscheidend ist zu verstehen, wie sich Kapitalismus aktuell, wie sich ein Mechanismus wie das Patriarchat darstellt und in welchem Verhältnis sie gegenwärtig zueinander stehen.

These 13
Kapitalismus
und andere
Ungleich-
heiten

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert,
es kommt drauf an, sie zu verändern.“
(Karl Marx)

Kapitel IV Politischer Kampf

Die Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Verfasstheit muss schonungslos sein.

Niemandem ist geholfen, wenn unter falschen oder verkürzten Grundannahmen Hoffnungen auf grundsätzliche Überwindung des Bestehenden geweckt werden.

Im selben Rhythmus mit den zyklischen Krisen des Kapitalismus wird gerade aus Teilen der Sozialdemokratie regelmäßig entweder der Moral der Unternehmer, vergangener Prosperitätskonstellationen oder der Gestaltungskompetenz der Politik gedacht. Wenn dahinter mehr steckt als ein taktisches Argument im aktuellen Diskurs, bricht sich das Ur-Dilemma der Sozialdemokratie Bahn: Das Denken und Handeln in der oben beschriebenen Totalität, verbunden mit der Sehnsucht nach Vernunft und Gerechtigkeit.

Als Jusos müssen wir die Beschränktheit unseres Handlungsrahmens kennen, um erfolgreich zu sein. Nur wer weiß, welche Kämpfe man im Bestehenden mit den politischen Mitteln gewinnen kann, ist vor der Kapitulation in Anbetracht der Wirklichkeit gefeit.

Nur wer versteht, nach welchen Gesetzen der Kapitalismus funktioniert, kann im Hier und Jetzt für Gestaltungsperspektiven, Reformen und soziale Standards kämpfen. Gleichzeitig wissen wir, dass dieses System von Menschen gemacht und somit auch von Menschen wieder überwunden werden kann. Der Behauptung der Alternativlosigkeit dieser Gesellschaftsordnung werden wir deshalb auf jeder Ebene entgegentreten.

Das ist anstrengend.

Es setzt voraus, dass wir in der Lage sind, neben Schule/Uni/Job, Familie, Freunden und dem Spaß des Lebens und nicht zuletzt neben dem Sog der Partei in Ämter und dem Kleinklein der Tagespolitik, die Kritik am Grundsätzlichen nicht aufzugeben, den Austausch zu suchen mit gesellschaftlichen Bündnispartnern und die Scheuklappen abzulegen, die gerne den Blick verstellen.

Aber es lohnt sich, da die Wirklichkeit in all ihrer Unvernunft Menschen braucht, die sich nicht nur auf die Ebene der Kritik zurückziehen, sondern gegen die alltäglichen Zustände das solidarische Prinzip setzen und sich nicht zu fein sind, auf allen Ebenen den zähen Kampf um Akzentverschiebungen zu führen.

Mit dem Hamburger Programm hat die SPD sich zum demokratischen Sozialismus bekannt. Die SPD ist derzeit keine sozialistische Partei.

Wir sind Teil der Sozialdemokratie. Ohne die SPD wird es keine progressive Politik in diesem Land geben. Deshalb müssen wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in und um die SPD kämpfen. Dazu gehört es, für progressive Mehrheiten innerhalb der SPD zu werben.

Dazu gehört aber auch, dass wir offensiv dafür kämpfen, viele andere linke Kräfte von der Notwendigkeit eines sozialistischen Engagements in der SPD zu überzeugen. Ziel ist, dass die progressiven Kräfte sich wieder in der SPD sammeln. Nur so werden wir es schaffen, die Chancen für sozialistische Politik innerhalb der Sozialdemokratie zu erhöhen.

These 14

Es hat
keinen Sinn zu
warten, bis es
besser ist

These 15

Die SPD

In den Regierungsjahren ist die SPD einen Weg gegangen, der dem neoliberalen Mainstream in diesen Jahren gefolgt ist.

Der Versuch, über die Konstruktion einer neuen Mitte und eines aktivierenden Sozialstaats eine Politik zu etablieren, die mit scheinbar traditionellen Werten und Instrumenten sozialdemokratischer Politik aufräumte und an ihre Stelle scheinbar Modernes setzte, ist in mehrfacher Hinsicht gescheitert.

Letzten Endes hat sich Rot-Grün der eigenen Basis beraubt, in dem die konkrete Regierungspolitik diese Basis negierte. Die Grundannahme, die zu dieser Fehleinschätzung der tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten führte, lag in der Vorstellung, die alte Klassengesellschaft habe sich überlebt. Die sozialen Gegensätze wurden stattdessen als Ergebnis unterschiedlicher Leistungsbereitschaft interpretiert. Folgerichtig bestand die politische Aufgabe darin, Arbeitslose zu „aktivieren“ und, wenn es sein musste, eben auch durch Sanktionen zur Aufnahme niedrig entlohnter Arbeit zu animieren. Dadurch hat sich das Verhältnis zu unseren traditionellen Bündnispartnern, wie den Gewerkschaften, enorm verschlechtert. Neue Bündnispartner wurden mit der Politik der „Neuen Mitte“ nicht gewonnen. Inhaltlich ist diese Politik offensichtlich gescheitert. Eine Zunahme sozialer Spaltung, fehlende soziale Aufstiegsmöglichkeiten und eine unwürdige Behandlung für jene, die in eine soziale Notlage gerutscht sind, sind Entwicklungen, die am Ende langjähriger SPD-Regierungsbeteiligung stehen.

Innerparteilich hat dieser Weg die Partei zerrissen. Austritte, Frustration, Enttäuschung und der Verlust der Überzeugung, in dieser Partei Entscheidungen beeinflussen zu können, waren die Folge. Hinzukam eine Entfremdung zwischen Funktionären und Basis. Gesellschaftlich hat die SPD in diesen Jahren an Zustimmung eingebüßt. Schlechte Wahlergebnisse und das massive Sinken der Mitgliederzahl sind Ausdruck dessen. Das Scheitern von Rot-Grün ist damit auch das Scheitern derjenigen, die linke Theorie- und Strategiebildung bloß als unnützen Ballast herabgewürdigt haben und sich stattdessen in postmoderner Beliebigkeit ergingen.

All jenes hat in der SPD dazu geführt, dass sich zwei Seiten gegenüber stehen: Jene, die ein „Weiter So“ wollen und jene, die nach einer neuen Politik für soziale Gerechtigkeit suchen. Dieser Richtungsstreit ist für die Zukunft der Sozialdemokratie entscheidend.

Unsere Linie ist dabei klar: Der SPD muss es gelingen, Antworten auf die Frage zu formulieren, wie im derzeitigen Entwicklungszustand der Gesellschaft soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit verwirklicht und diese konsequent umgesetzt werden können. Wir sehen es als jungsozialistische Aufgabe an, die Diskussion um die richtigen Antworten auf allen Ebenen anzufachen und mitzuführen. Wir werden nach unseren Möglichkeiten Druck aufbauen, damit sich diese Diskussionen dann auch in sozialdemokratischer Regierungspraxis wieder spiegeln.

Das deutsche Parteiensystem ist in Bewegung gekommen. Während lange Zeit die Orientierung auf einer Zwei-Parteien-Koalition lag, erscheint dies zunehmend aussichtslos. Es besteht allerdings weiterhin die Gefahr einer schwarz-gelben Mehrheit, solange es die SPD nicht schafft, sich bei Wahlen kontinuierlich über 30% festzusetzen.

Unser Ziel ist es, eine linke Politik mit einer linken Parlamentsmehrheit durchzusetzen. Dabei können die Entwicklungen der letzten Jahre nicht unberücksichtigt bleiben. Die Grünen als langjährige Verbündete der SPD haben sich zunehmend zu einer bürgerlichen und wirtschaftsliberalen Milieupartei gewandelt. Wir müssen in Zukunft genau darauf achten, inwieweit wir mit ihnen progressive Politik real umsetzen können. Die CDU/CSU steht in den meisten Politikfeldern, wie der sozialen Gerechtigkeit, Innenpolitik oder Antifaschismus, unseren Vorstellungen diametral entgegen. Eine linke Politik ist mit ihr nicht durchsetzbar. Gleiches gilt für die derzeitige FDP. Einzige Ausnahme bei einer Zusammenarbeit mit der FDP könnte der Bereich der Bürgerrechte sein, in dem es durchaus

Schnittstellen gibt.

Neu im parlamentarischen System der Bundesrepublik ist die Linkspartei. Dies hängt zum einen mit der besonderen Situation nach der Wende zusammen. Die PDS erfüllte hier eine besondere Funktion insbesondere im Osten der Republik. Zum anderen hat die Politik der SPD unter Schröder und in der Großen Koalition dazu beigetragen, dass sich die Linkspartei mittlerweile auch im Westen etablieren konnte. Hinzukam der Umgang mit der PDS und der WASG, der sich durch Scheuklappen und Abschottung auszeichnete und sich so der inhaltlichen Auseinandersetzung wehrte. Die Agenda 2010-SPD sorgte durch die konkreten Auswirkungen ihrer Politik für eine beschleunigte Auflösung bereits angegriffener Parteibindungen. Eine weitere Auswirkung sozialdemokratischer Regierungspolitik der letzten Jahre ist der Verlust der Glaubwürdigkeit in vormals sozialdemokratischen Milieus.

Die SPD der Agenda 2010 hat auf der linken Seite des politischen Spektrums viel Platz gelassen, so dass sich im bundesdeutschen Parteiensystem die Linkspartei entfalten konnte.

Faktisch müssen wir in der mittelfristigen Perspektive mit einem Fünf-Parteien-System umgehen. Ziel innerhalb dieser Neukonstellation muss es natürlich sein, für eine stärkere SPD zu kämpfen, aber auch, ein linkes Zukunftsprojekt zu entwerfen und für dessen konkrete Umsetzung zu kämpfen. Dazu werden wir sowohl mit den noch vorhandenen progressiven Kräften bei den Grünen als auch mit denen bei der Linkspartei eine inhaltliche Auseinandersetzung beginnen und ausloten, ob diese Parteien für ein solches Projekt bereit sind.

Die kapitalistische Gesellschaft prägt der Widerspruch von Kapital und Arbeit. Wir stellen uns als JungsozialistInnen in den durch diesen Widerspruch produzierten Konflikt klar auf die Seite derjenigen, die darauf angewiesen sind, als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Die Gewerkschaften als Interessensorganisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind damit unser natürlicher Bündnispartner. Eine politische Strategie von links kann nicht an den Gewerkschaften vorbei definiert werden. Gesellschaftliche Veränderung kann es nur im Zusammenspiel von Sozialdemokratie und Gewerkschaften geben.

Allerdings stehen auch die Gewerkschaften vor schwierigen Herausforderungen. Der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals muss eine Internationalisierung der Politik entgegengesetzt werden. Dies schließt eine konsequente Internationalisierung der Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen ein. Hier entsteht für jungsozialistische Politik eine große Chance. Die Chance besteht darin, dass wir die nationalstaatlichen Hemmnisse von Politik, die in der Vergangenheit auch innerhalb der Arbeiterbewegung immer wieder zu reaktionären Entwicklungen geführt haben, endlich auflösen können.

Dies wird eine schwierige Aufgabe. Es führt aber an einem dauernden Versuch kein Weg vorbei, wenn wir unsere Ideale auch in praktische Politik umsetzen möchten. Deshalb werden wir uns in Zukunft vehement dafür einsetzen, an einer Internationalisierung der Arbeiterbewegung zu arbeiten. Wir wollen mehr als einen reinen „Struktur-Internationalismus“. Wir wollen einen „Internationalismus der Praxis“ entwickeln. Weg von standortnationalistischen Argumentationsmustern hin zu einer Politik für alle Menschen unabhängig von Wohnort, Herkunft, Hautfarbe.

Durch die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen organisiert sich eine immer größer werdende Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht mehr gewerkschaftlich. Prekär Beschäftigte sind nicht oder nur unwirksam an der betrieblichen Mitbestimmung beteiligt. Eine gewerkschaftliche Organisation wird darüber hinaus von vielen Arbeitgebern gezielt verhindert. Außerdem fühlen sich viele Arbeitslose von den Gewerkschaften nicht angemessen repräsentiert. Des Weiteren organisieren sich zunehmend starke Berufsgruppen in Spartengewerkschaften und entziehen sich damit

These 18
Gewerkschaften

dem solidarischen Arbeitskampf. Wollen die Gewerkschaften weiterhin ein bedeutender gesellschaftlicher Akteur bleiben, müssen Antworten auf die Fragen einer besseren politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung von prekär Beschäftigten und Arbeitslosen und auch auf die Herausforderung der internationalen Organisierung gefunden werden. Gleichzeitig gilt es auch die Stellung der Gewerkschaften bei der Mitbestimmung und in den Tarifverhandlungen zu stärken. Wir sehen unsere Aufgaben darin, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften für unsere gemeinsamen Forderungen zu kämpfen und gleichzeitig die inhaltliche Diskussion über eine zeitgemäße ArbeitnehmerInnen-Organisation zwischen Jusos, der SPD und den Gewerkschaften in kritischer Solidarität zu führen.

Die Protestformen und die Herangehensweise an politisches Engagement haben sich mit der studentischen Bewegung von 1968 massiv verändert und erweitert. Die in den Jahrzehnten nach 1968 entstandenen „Neuen sozialen Bewegungen“ prägen mittlerweile das politische Geschehen in Deutschland mit.

Das Spektrum politischer Beteiligung ist breiter geworden, und es ist regional sehr unterschiedlich. Dies ist Ausdruck veränderter Klassenlagen, die sich heute komplexer darstellen als noch zu Hochzeiten des Fordismus. Die Industriearbeiterschaft als Kern der Arbeiterklasse dominiert nicht mehr alleine linkes politisches Engagement. Ein Großteil der sozialen Bewegungen verfolgen meist nur Teilziele und definieren sich als Ein-Punkt-Bewegungen (Umwelt-, Friedens- oder Frauenbewegung). Sie können so wesentlich kampagnen- und ergebnisorientierter Plattformen für gesellschaftliche Beteiligung als Organisationen wie politische Parteien und auch wir Jusos bieten. Wir wollen darum kämpfen, dass wir wieder Ansprech- und Bündnispartner für die Akteure sozialer Bewegungen werden.

Allerdings sehen wir in der Fokussierung auf nur wenige politische Teilbereiche nicht die Antwort auf differenziertere Gesellschaften der Gegenwart. Nur wer einzelne Politikbereiche in gesellschaftliche Zusammenhänge stellt, wird am Ende eine gesamtgesellschaftliche Perspektive entwickeln können. Nichtsdestotrotz sehen wir auch viele positive Ansatzpunkte bei den „Neuen sozialen Bewegungen“ und wollen mit ihnen gemeinsam und solidarisch für unsere Ziele eintreten.

Einerseits bieten sie enormes Know-How auf den Politikfeldern, für die sie sich einsetzen. Andererseits können wir von ihnen und ihren Aktionsformen und Vorschlägen lernen. Ziel von uns Jusos muss es deshalb sein, in diesen sozialen Bewegungen für eine gesamtgesellschaftliche Emanzipation zu kämpfen und deutlich zu machen, dass mit dem Erreichen von Teilzielen nicht alle gesellschaftlichen Probleme gelöst sind.

Doch nicht jede soziale Bewegung ist per se emanzipatorisch und progressiv. Zum einen gerieren sich auch reaktionäre Kräfte immer wieder als soziale Bewegungen. Diese müssen wir aktiv bekämpfen. Zum anderen gibt es soziale Bewegungen, die ein progressives Anliegen haben, aber in denen reaktionäre Strömungen mitwirken. Nicht selten gleitet z. B. eine verkürzte Kapitalismuskritik in Antiamerikanismus, Antisemitismus und Nationalismus ab. Unsere Aufgabe kann es daher niemals sein, Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen nur um der Zusammenarbeit Willen zu suchen. Wir müssen genau prüfen, ob wir die Kernanliegen dieser Bewegungen mit unseren Idealen vereinbaren können. Es geht darum, innerhalb der Bewegung für progressive Ansätze und gegen reaktionäre Argumentationsmuster zu streiten. Das wollen wir in Zukunft offensiv und selbstbewusst tun.

Die Doppelstrategie bleibt zentraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Das bedeutet für uns, dass wir uns neben der Parteiarbeit auch in sozialen Bewegungen verankern wollen. Wir wollen beides miteinander verbinden und zu einem Politikansatz emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung zusammenfügen.

In den letzten Jahren haben sich Jusos die Verankerung in den sozialen Bewegungen vernachlässigt und uns sehr stark auf die Partei fokussiert. Wir haben bei unserem verstärkten Engagement in der SPD erfahren, dass dieses nicht ausreicht, wenn wir konkret Politik umsetzen und bestimmen möchten. Es muss deshalb in Zukunft darum gehen, BündnispartnerInnen im außerparlamentarischen Raum zu suchen und uns in den sozialen Bewegungen wieder stärker zu verankern.

Dies bedeutet, den inhaltlichen Austausch mit uns nahe stehenden Gruppen zu suchen, in Bündnissen mitzuarbeiten, verlässlicher Ansprechpartner sein, aber eben auch deutlich und selbstbewusst für unsere politischen Überzeugungen einzutreten. Innerhalb der Partei müssen wir deutlich machen, dass wir gegebenenfalls nicht nur Forderungen als Jusos stellen, sondern hinter diesen Forderungen gesellschaftliche Kräfte stehen. Verlässlich zu sein, heißt auch, gemeinsame Forderungen der Bewegung zu vertreten, auch wenn wir damit auf innerparteiliche Schwierigkeiten stoßen. Gerade im Falle von Repression gegen linke Bewegungen haben wir als Jusos eine besondere Verantwortung. Dabei gilt das Prinzip der Solidarität innerhalb der gesellschaftlichen Linken. Als Jusos müssen wir darum kämpfen, dass die SPD den realen Bezug zu den sozialen Bewegungen wiederherstellt. Es ist auch unsere Aufgabe, beide Seiten wieder in Kontakt miteinander zu bringen.

„Die proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach einem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema. Der moderne Arbeitskampf ist ein Stück Geschichte, ein Stück sozialer Entwicklung. Und mitten in der Geschichte, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen...Das erste Wort der politischen Kämpfer ist, mit der Entwicklung der Zeit zu gehen und sich jederzeit Rechenschaft abzulegen über die Veränderung in der Welt wie auch über die Veränderung unserer Kampfstrategie.“
(Rosa Luxemburg)

Kapitalismus ist ein dynamisches System. Es verläuft niemals linear oder starr. Es wandelt sich ständig. Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, bestimmte Phänomene gegenwärtiger Entwicklung zu untersuchen und zu fragen, welche politischen Antworten dies erfordert.

Globalisierung, soziale Polarisierung und eine veränderte Arbeitswelt bestimmen aktuell das gesellschaftliche Zusammenleben. Diese drei Phänomene gilt es also besonders zu analysieren.

Das neoliberale Versprechen der Globalisierung, allen freien Zugang zum Markt zu gewähren, wurde nicht erfüllt. Ungleiche Verteilungsstrukturen haben innerhalb und zwischen den Staaten zugenommen. Auch die Ungerechtigkeit in der internationalen Arbeitsteilung hat nicht abgenommen. Noch immer sind viele Staaten Rohstofflieferanten für westliche Industrienationen.

Seit Beginn der Industrialisierung, insbesondere aber in den letzten Jahrzehnten, haben sich die Kosten für Warentransport und Kommunikation durch technische und politische Entwicklungen stark reduziert.

Im Rahmen der WTO und ihrer Vorläufer sind Zölle und nicht tarifäre Handelshemmnisse abgebaut worden. Damit ist die Bedeutung natürlicher Konkurrenzgrenzen zwischen verschiedenen Standorten gesunken. Die Folge: Produktionskosten können nun unmit-

These 20
Die Doppelstrategie

Kapitel V
Gegenwärtige Entwicklungen des Kapitalismus

These 21
Relevante Phänomene

Unterkapitel I
Globalisierung

These 22
Standortfaktoren

telbarer miteinander verglichen werden.

Die Qualifikation der Beschäftigten für die Entwicklung und Leitung der Produktion nimmt auf der einen Seite an Bedeutung zu. Auf der anderen Seite werden komplizierte Produktionsabläufe durch den technischen Fortschritt und Digitalisierung an immer mehr Standorten möglich. Als Folge dieser Entwicklung sind heute die beeinflussbaren Standortfaktoren wie Bildung, Infrastruktur, Lohnkosten und Subventionen bedeutsamer als die natürliche Standortausrüstung mit Rohstoffen und Energievorkommen. Die Globalisierung wird gleichzeitig flankiert durch eine Debatte, die das TINA-Prinzip und die neoliberale Ideologie zum Dogma erhebt. Dadurch werden die nationalen Ökonomien unter einen qualitativ neuartigen Anpassungsdruck an die globalisierten Standards von Produktivität und Rentabilität gesetzt.

Allerdings sind der Mobilität Grenzen gesetzt. So kann das Kapital nicht beliebig zwischen verschiedenen Standorten wählen. Insbesondere bei der Hochwertproduktion muss der Zugriff auf bestimmte Qualifikationsprofile, Basistechnologien und Infrastrukturen vorhanden sein, die tatsächlich nicht an allen Orten existent ist. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung schafft damit eine neue Qualität von Kapitalmobilität als auch von Standortabhängigkeit bestimmter Produktionsschritte. Die freie Austauschbarkeit der Standorte gehört damit zu den Mythen der Globalisierungsdiskussion. Gleichzeitig ist nicht zu unterschätzen, dass sich die Möglichkeiten zur Auslagerung durch die beschriebenen Entwicklungen vergrößert haben.

Die gestiegene Bedeutung der Faktoren Zeit, Geld und Unsicherheit für die Wertschöpfung führen zu einer neuen Dynamik der aktuellen kapitalistischen Formation. Die Finanzmärkte konnten einen starken Bedeutungszuwachs verzeichnen und sind mittlerweile stark von der Güterproduktion entkoppelt. Die Bedingung dafür war der Zusammenbruch der weltwirtschaftlichen Regulierungssysteme, insbesondere des Bretton-Woods-Regimes, das zwischen 1944 und 1973 durch feste Wechselkurse und den US-\$ als Weltleitwährung die internationalen Handels- und Finanzbeziehungen stabilisiert hat. Auch der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen zählt hier dazu.

Infolge mangelnder Investitionsmöglichkeiten und der daraus entstehenden Unsicherheit wurden von den Kapitaleignern hoch spekulative Investitionsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten erschlossen und neue Kapitalbeschaffungsinstrumente sind entstanden. Dadurch haben die Finanzmärkte einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Darüber hinaus hat sich ihre Rolle als Informationsverarbeitungsmaschinen, die Auskunft über die ertragreichsten Anlagemöglichkeiten über entsprechende Renditekennziffern bieten, gewandelt. Durch die Durchschlagskraft institutioneller Investoren sind Renditeziele und konkrete Verwertungsbedingungen nur noch lose gekoppelt. Dabei tritt die eigentliche Information über die Renditepotenziale einer Anlagemöglichkeit in den Hintergrund. Die gestiegene Mobilität von Kapital ermöglicht die Nutzung auch von kleinsten Schwankungen der Profitabilität von Anlagemöglichkeiten, von Informationsvorsprüngen. Was zählt, sind die Erwartung-Erwartungen auf den Märkten, diese ordnen die Investitionsentscheidungen und bewirken über ihre gegenseitige Abhängigkeit massive Schneeballeffekte, deren Auswirkungen ganze Volkswirtschaften über Jahre hinweg ruinieren können. Dadurch hat sich das Verhältnis von Eigentum und Kontrolle neu ausgerichtet.

Eine Veränderung der Eigentumsstrukturen ist zu beobachten. Dies hat zur Folge, dass sich auch innerhalb der Unternehmen Entscheidungsstrukturen verändert haben. Eine einseitige Ausrichtung auf den maximalen kurzfristigen Profit führt dazu, dass nachhaltige und längerfristige Entwicklungen weniger berücksichtigt werden. Einen weiteren Schub hat diese Entwicklung durch die Entstehung der „New Economy“ mit ihrem vorläufigen Höhepunkt zum Jahrtausendwechsel erhalten, da sie hohe Erwartungs-Erwartungen bei niedrigem Kapitaleinsatz versprochen haben. Die Verschiebung von Eigentum und Kontrolle sowie die insbesondere der Shareholder Value folgende Logik der derzeitigen kapitalistischen Formation haben den Druck auf den „Faktor Arbeit“ im Produktionsprozess erhöht und zum Wandel der Arbeitsgesellschaft selbst beigetragen.

Die Kräfteverhältnisse haben sich zu Gunsten der Kapitaleigner verschoben. Damit hat der Nationalstaat scheinbar vielfach an Bedeutung verloren. Das transnationale Kapital reorganisiert die Kapitalakkumulation, bindet sich nicht an einzelne Standorte und zwingt die Staaten dazu, diese Akkumulationsdynamik durch Deregulierung, Privatisierungen und Abbau staatlicher Umverteilung zu unterstützen. Dadurch entsteht zunehmender Druck auf bestehende Standards der Regelungen von Arbeitszeit, Urlaub, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung, sowie Steuererhebung und soziale Sicherungssysteme. Auch innerhalb der EU haben sich die Kräfteverhältnisse zu Gunsten neoliberaler Logiken verschoben. Gleichzeitig kommen neue Arenen der Aushandlungen hinzu. So ist die nationale zwar weiterhin die zentrale Arena der Interessensauseinandersetzung, aber zunehmend verlagern sich Entscheidungen aber auf die exekutive Ebene der „Staatschefs“. Auch innerhalb der EU geben die Staats- und Regierungschefs immer noch den Ton an, das Parlament verbleibt weitgehend einflusslos. Damit entkoppeln sich Entscheidungsarenen von der Bevölkerung – ein wichtiger Grund, warum die EU an Legitimation verliert. Die Verschiebung eines Teils der Macht auf die internationale und supranationale Ebenen führt zu einem Funktionswandel des Staates. Es kann nicht generell von einem Rückzug des Staates aus der Gesellschaft gesprochen werden, auch wenn sich die Formen staatlicher Regulierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche enorm verändern. Der Staat bleibt Kern dieses neuen Systems mehrerer Ebenen, aber demokratische Beteiligung wird dabei zurückgedrängt.

Das neoliberale Paradigma des „schlanken Staates“ lässt sich daher lediglich auf den Abbau von Institutionalisierung im traditionellen Sozialstaat beziehen, nicht jedoch auf die generelle Zurücknahme staatlicher Interventionspolitik. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei innerer und äußerer Sicherheit, wird die Politik im Staat zunehmend autoritär. Die Sicherung privater Eigentumsrechte und der Neuaufbau solcher Rechte durch Privatisierung, der verstärkte Druck, seine Arbeitskraft trotz großer Arbeitslosigkeit auf dem Markt zu verkaufen, sind Ausdruck einer solchen Politik.

Zuerst ist festzuhalten, dass die Gestaltbarkeit im nationalstaatlichen Rahmen nicht Geschichte ist, sondern die Leugnung dieser Regulierungsebene als Instrument zur Verhinderung sozialer Gestaltung eingesetzt wird. Nationalstaatliche Spielräume müssen weiterhin genutzt werden.

Vor allem muss auf die Standortkonkurrenz der Nationalstaaten mit einer neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit geantwortet werden. Gegen den neoliberalen Trend zur Deregulierung müssen neue Regulierungsschritte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternommen werden, um politische Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen. Dazu zählen wir die Stabilisierung der Wechselkurse und Zinssätze, die Tobin Tax, Steuerharmonisierung, eine wirksame Kontrolle und Regulation der Kapitalmärkte, Festlegung sozialer und ökologischer Mindeststandards.

Gesellschaftliche Kräfte müssen mobilisiert werden, um Spielräume gegen die Durchkapitalisierung und marktförmige Zurichtung aller Lebensbereiche zu erkämpfen. Dabei geht es um die gesellschaftliche Auseinandersetzung, was dem Markt übertragen wird und was gesellschaftlich verantwortet werden muss. Die gesellschaftlichen und politischen Kräfte müssen dabei die Bedingungen der Mehrebenen-Staatlichkeit annehmen, wenn sie handlungsfähig sein wollen.

Ziel muss es dabei sein, konkrete Bereiche aus der globalisierten Konkurrenzökonomie herauszulösen und in die Verfügungsgewalt des Staates zurückzugeben. Der Standortlogik ist also auch dadurch Widerstand entgegenzusetzen, dass der Zurichtung des Alltags und der Lebensräume nach den Kriterien globaler Konkurrenz die Menschen ihre Bedürfnisse entgegenstellen und sich die notwendigen Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben aneignen.

Wir verstehen Staat und Markt nicht als zwei voneinander abgegrenzte - oder nach neoliberaler Logik abzugrenzende - Räume. Staatliche Regulierung greift beständig in wirtschaftliche Prozesse ein, und wird von diesen beeinflusst. Der Staat kann und muss intervenieren, und zwar in dem Sinne, dass er selbst in wirtschaftliche Prozesse eingreift, sie eigenständig gestaltet und Impulse setzt. Der Staat wird dadurch zum gestaltenden Akteur der Ökonomie und überlässt nicht den Markt dem freien Spiel der Kräfte. Er erhält und schafft sich seine eigene Handlungsfähigkeit. Das ist der Gegenentwurf zum sogenannten schlanken Staat, der nach neoliberalen Paradigma den Staat sich auf seine behaupteten Kernaufgaben beschränken lässt.

Die Veränderungen in der kapitalistischen Formation haben sich in einer Umstrukturierung der Produktion niedergeschlagen. Durch den Glauben an unbegrenztes Wachstum und damit verbundene Profite war die Produktion früher an den zwei Größen Arbeitszeit und Arbeitsentgelt ausgerichtet. Heute richtet sich die Produktionsplanung an einem vorgegebenen Gewinnergebnis aus. Die Arbeitszeit bzw. der Weg zu diesem Ergebnis bleibt der einzelnen arbeitenden Person überlassen. Dies hat nicht nur Folgen für die innerbetriebliche Produktionsplanung, sondern manifestiert sich durch innerbetrieblichen Konkurrenz und Übertragung von Risiko und Managementaufgaben auf die Belegschaft im konkreten Arbeitsalltag der abhängigen Beschäftigten.

Das Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses erodiert auch in den Traditionsbereichen der industriellen Produktion. Sein Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist kontinuierlich am Schwinden. Die Ziele des Kapitals klaffen zunehmend mit jenen der Belegschaft auseinander. Ebenso wird durch eine Aufweichung von Kernarbeitszeiten die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit zunehmend brüchig. Die Ungleichheit in der Verteilung von Arbeit nimmt weiter zu. Während es bei den Vollzeitbeschäftigten wieder einen Trend zu ansteigenden tatsächlichen Wochenarbeitszeiten gibt, sind andere gezwungen, in prekären Beschäftigungsformen oder unfreiwilliger Teilzeittätigkeit weniger zu arbeiten, als sie es sich persönlich wünschen.

Prekarierte Beschäftigung heißt, dass die Entlohnung oftmals zu gering zum Lebenserhalt ist, die betriebliche Mitbestimmung oder der Kündigungsschutz eingeschränkt oder nicht gegeben ist oder es keine ausreichende soziale Sicherung gibt. Die Lebensrealität vieler Menschen ist davon gekennzeichnet, dass sie sich permanent von einem Auftrag zum nächsten hangeln müssen, in denen erkämpfte Errungenschaften wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsgeld nicht der Realität entsprechen. Die Arbeitgeber flexibilisieren die Beschäftigungsverhältnisse und verlagern auf diese Weise das Unternehmensrisiko zum Teil auf die ArbeitnehmerInnen. Aufgrund der Regelungen wie beispielsweise zur Leiharbeit gibt es in vielen Betrieben zudem eine Konkurrenz innerhalb der Belegschaft. Die Gefahr der Entsolidarisierung wächst. Der Arbeiter wird zum Arbeitskraftunternehmer. Massenarbeitslosigkeit bewirkt, dass Menschen, die arbeiten können und wollen, vom Erwerbsleben ausgeschlossen und so gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Arbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen nicht nur einen sinkenden Lebensstandard, sondern zunehmend auch Not und gesellschaftliche Isolation. Schon allein die Bedrohung von Arbeitslosigkeit wirkt in weite Teile der Gesellschaft und schürt Existenzängste.

Auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht liegt eine Ungleichverteilung vor. Frauen erhalten selbst bei gleicher und gleichwertiger Arbeit eine deutlich geringere Entlohnung als Männer, ihre Aufstiegschancen sind deutlich niedriger. Frauen sind weit überproportional in Teilzeitarbeit oder geringfügig beschäftigt.

Unterkapitel 2
**Der
Prekari-
sierung der
Arbeitswelt
entgegen-
treten**

These 26
Ver-
änderungen

Wir bleiben dabei: Die kapitalistische Ökonomie orientiert sich nicht an den wirklichen Interessen der Menschen. Sie funktioniert nach der ihr eigenen Verwertungslogik. Gesellschaftlicher Fortschritt findet dort statt, wo sich diese Ansprüche erfolgreich artikulieren und durchsetzen. Angesichts von veränderten Beschäftigungsformen müssen wir politisch daran arbeiten, wie die Interessen derjenigen, die außerhalb klassischer Beschäftigungsformen arbeiten, vertreten werden können. Die klassische Form: ein Betrieb und eine Gewerkschaft trifft heute die Lebensrealität vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr. Dabei ist eine Interessensvertretung all jener dringender denn je. Es gehört zu den Grundbedingungen linker Politik, auf das (auch oftmals von den Beschäftigten gewollte) Aufbrechen klassischer Erwerbsbiographien zeitgemäße Antworten zu finden.

Wir Jusos stehen für eine sozialistische Wirtschaftspolitik. Kern dieser Politik sind bestimmte makroökonomische Steuerungsmechanismen. So fordern wir eine antizyklische Fiskalpolitik. Diese sieht vor, dass bei einer Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage der Staat die Ausgaben erhöht. Dabei denken wir auch an eine Investitionspolitik, die bestimmte Bereiche wie z.B. die Infrastruktur oder die erneuerbaren Energien durch gezielte Investitionen fördert. Somit kann eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine langanhaltende Wachstumsschwäche verhindert oder zumindest abgemildert werden. Die aufgebauten Staatsschulden werden in Phasen höheren Wachstums wieder abgebaut. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union lässt die nötige fiskalische Flexibilität nicht zu und muss daher entsprechend reformiert werden.

Ein weiteres wichtiges Steuerungselement ist die Geldpolitik. Die Geldpolitik ist ausschließlich Aufgabe der Europäischen Zentralbank EZB. Diese entzieht jedoch jedweder demokratischer Kontrolle und muss daher demokratisiert werden. Außerdem ist die EZB fast ausschließlich dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet. Wir Jusos fordern daher, dass das Ziel der Vollbeschäftigung mindestens als gleichrangiges Ziel der Geldpolitik behandelt wird.

Ein weiteres Anliegen ist für uns außerdem der Öffentliche Beschäftigungssektor. Hierbei sollen Tätigkeiten staatlich finanziert werden, die der Daseinsvorsorge dienen und vom Markt oder Staat derzeit nicht ausreichend bewerkstelligt werden. Dies betrifft vor allem Arbeitsfelder in sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen. Damit würden zum einen berufliche Perspektiven für arbeitslose Menschen geschaffen und zum anderen würden notwendige gesellschaftliche Aufgaben erfüllt.

Unsere Forderung ist außerdem die Demokratisierung der Wirtschaft. Nur so kann es gelingen die Interessen der ArbeitnehmerInnen gegen über den Arbeitgebern zu stärken. Dies kann nur mit einer umfassenden Strategie gelingen, die sowohl alle Ebene einbezieht, als auch den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und alternativer Wirtschaftsformen beinhaltet.

Wir sind nicht bereit zuzuschauen, wie sich auf dem Arbeitsmarkt immer mehr unwürdige Verhältnisse durchsetzen. Hier müssen wir uns in den politischen Kampf für konkrete staatliche Regulierungen begeben. Ein effektiver Kündigungsschutz, klar definierte Bedingungen für Praktika, die soziale Regulierung die helfen, dass diese reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht verdrängen und das Eindämmen von Leih- und Zeitarbeit sowie die soziale Regulierung bzw. langfristige Abschaffung des Niedriglohnbereichs können wir nur mit politischem Druck erreichen.

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Produktivitätssteigerungen muss die individuelle Erwerbsarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten kontinuierlich verkürzt werden. Die führt zu einer gerechteren gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit und Einkommen und trägt zur Beschäftigungssicherung bei. Wohlstandsgewinn muss auch im Zuwachs an erwerbsarbeitsfreier Zeit gesehen werden. Dies kommt auch dem Bedürfnis der Beschäftigten nach mehr Zeitsouveränität entgegen.

These 27
Neu-
organisation
von Interessen

These 28
Sozialistische
Wirtschafts-
politik

These 29
Staatliche
Regulierung
erkämpfen

So sehr wir uns in Verband, Partei und Gesellschaft auch anstrengen werden, soziale Gleichheit werden wir im Bestehenden nie erreichen. Der Kapitalismus produziert dabei die Ungleichheit nicht mangels besserer Organisation, sondern als Folge seiner ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeit.

Konkurrenz kennt nur Gewinner und Verlierer. Der soziale Ausgleich, die Deckelung allzu krasser Lohngefälle oder die Mitbestimmung im Betrieb: All das muss politisch erkämpft werden, weil es den direkten Verwertungsgesetzen zuwiderläuft.

Die Geschichte hat gezeigt, dass der Kampf für Mitbestimmung, Teilhabe und gerechte Löhne bisher kein Sargnagel des Systems war. Im Gegenteil. Die Paradoxie des Kapitalismus zeigt sich genau darin, dass diese empirischen Prosperitätsfaktoren bis aufs Messer bekämpft wurden, obwohl doch gerade dadurch erst die Akzeptanz des Systems für einen Großteil der Menschen erreicht wurde.

Keinesfalls darf Konsequenz dessen sein, es auf immer schlechtere Bedingungen – im Sinne der Verelendungstheorie – geradezu ankommen zu lassen. Es darf auch nicht entmutigen, sondern soll uns nur zeigen, dass wirkliche Solidarität, Gleichheit und Humanität erst auf der anderen Seite des Zauns auf uns wartet.

Langfristige Arbeitsverträge, streng reglementierte Entlassungsregeln, festgelegte Arbeitszeiten- und Löhne konstituierten das männliche Normalarbeitsverhältnis als gesellschaftliche Norm in den reichen entwickelten Industrienationen. Diese Entwicklung war geprägt durch industrielle Massenproduktion und große staatliche Investitionen. Mit dem durch die wirtschaftlichen Bedingungen und der ausgeprägten Leistungsorientierung ermöglichten sozialen Aufstieg war eine beispiellose Ausweitung der beruflichen Kompetenzen der klassischen Arbeiterklasse verbunden. Gleichzeitig wurden Teilhabeansprüche entwickelt und ein gewisses Maß an sozialer Sicherung garantiert. Die Aushandlungsprozesse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurden zunehmend verrechtlicht und dadurch Sozialdemokratie und Gewerkschaften eingebunden. Dies waren die Grundpfeiler eines relativen Wohlstands.

Durch die Strukturveränderungen in der Wirtschaft wurde Arbeit stetig prekärer und die individuelle wirtschaftliche Sicherheit ist durch schlechtere Arbeitsbedingungen und die Bedrohung von Arbeitslosigkeit abgelöst worden. Gleichzeitig wurden die westlichen Industrienationen zunehmend von neoliberalen Prinzipien durchzogen, was zum Wandel vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat geführt hat. Anstatt soziale Sicherheit zu bieten, wurden die Rechte der Arbeitnehmer zurückgenommen und gesellschaftliche Risiken auf den Einzelnen übertragen.

Es ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch in einer relativen Prosperitätsphase Unterdrückungsmechanismen wirkten. Alternative Lebensentwürfe konnten sich in der Enge dieser Prosperitätskonstellation nicht wirklich entfalten, Werte wie Selbstverwirklichung passten nicht in dieses Gesellschaftsbild. Des Weiteren traten neue Werte, wie das Streben nach Selbstverwirklichung hinzu. Frauen wurden auf die Rolle der Mutter mit Hinzuverdiener-Funktion reduziert.

Für uns Jusos kann das politische Ziel unserer Arbeit deshalb nicht bedeuten, lediglich die alten Regulationsmechanismen wiederzubeleben.

Die Folge der beschriebenen Entwicklung ist, dass die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend in die Defensive geraten ist und es immer schwieriger wurde, soziale Standards zu verteidigen. So hat die soziale Ungleichheit rapide zugenommen. Armutsstrukturen verfestigen sich und sozialer Aufstieg wird immer schwerer möglich. Die Menschen im „oberen“ Drittel haben recht gesicherte Chancen und Lebensperspektiven. In der „Mitte“ der Gesellschaft ist die Verunsicherung angekommen. In der Hoffnung auf den langfristigen Erhalt des Lebensstandards werden immer mehr Einbußen akzeptiert. Dadurch geht der Abwärtstrend für viele los. Im „unteren“ Drittel verfestigt sich die soziale und gesellschaftliche Abkoppelung.

Gleichzeitig zeichnet die Entwicklung der Einkommen und Vermögen ein klares Bild. Der Anteil aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen hat in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen; im Gegenzug sinkt der Arbeitnehmeranteil. Die untere Hälfte der Haushalte verfügt insgesamt nur über vier Prozent des gesamten Nettovermögens. Das reichste Fünftel besitzt rund zwei Drittel. Noch gravierender ist die Verteilung des Produktivkapitals. Drei Prozent der Bevölkerung besitzen 90 Prozent. Auch die Kluft zwischen Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und Unternehmensgewinnen ist gewachsen. Die Lohnspreizung nimmt vor allem wegen der wachsenden Zahl der atypisch Beschäftigten zu.

In den 1970er Jahren lebten ein Fünftel der Alleinerziehenden unterhalb der relativen Armutsgrenze, heute sind es mehr als doppelt so viele. Jeder Achte lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die Verteilungsfrage ist nicht nur die Frage danach, was man sich alles leisten kann, sondern bestimmt das gesamte Leben der Betroffenen und ihrer Kinder. Dies geht soweit, dass sogar die Lebenserwartung von der Höhe des Einkommens abhängt. Das deutsche sozial selektive Bildungssystem befördert diese Entwicklung. In Deutschland hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab, wie sonst nirgendwo. Es besteht in unserer Gesellschaft ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Teilhabemöglichkeiten.

Diese Gesellschaft produziert Armut. Armut führt zum Verlust eines selbstbestimmten Lebens. Wir kämpfen dafür, dass Armut nicht entsteht. So lange es diese jedoch noch gibt, kämpfen wir in dieser Gesellschaft dafür, dass jeder Mensch trotzdem menschenwürdig leben kann. Dies ist gegenwärtig nicht gewährleistet.

Angemessene Existenzsicherung bedeutet zunächst, dass sie eine Höhe hat, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dies ist bei den gegenwärtigen Regelungen nicht der Fall. Der ALG II-Regelsatz sowie die Bezüge für Kinder und Jugendliche sind deutlich zu erhöhen.

Darüber hinaus muss das Prinzip „Fordern und Fördern“ verändert werden. Das Förderelement funktioniert oftmals nicht, sondern demoralisiert die Betroffenen. Eine unterstützende Politik muss die Selbstbestimmung jedes Menschen über eine Tätigkeit in den Mittelpunkt stellen. Fördern macht nur Sinn, wenn zu etwas gefördert wird, was auch vorhanden ist. Eine Fokussierung auf die Notwendigkeit des „Förderns“ dient der Ablenkung von der Tatsache, dass in Wahrheit viel zu wenige Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhanden sind. Gleichzeitig gibt es viele öffentliche Aufgaben, die derzeit brachliegen. Notwendig ist der Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors.

Das Prinzip des Forderns mit seinem ausufernden Sanktionskatalog wird dem Anspruch an die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht gerecht. Druck und Repression auf jene, die sich sowieso schon in einer schwierigen Situation befinden sind keine Instrumente linker Sozialpolitik. Vielmehr widersprechen sie den Grundprinzipien des Humanismus.

Das Sanktionssystem mit der Vielzahl von Kürzungsmöglichkeiten des Regelsatzes gehört abgeschafft. Dies gilt auch für die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und die Einführung der Ein-Euro-Jobs. Das alles führt dazu, dass die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen durch Sanktionen und Druck verschlechtert werden.

Bildung ist ein wichtiges Instrument zur Reproduktion von Arbeitskraft, denn für die meisten Tätigkeiten im Produktionsprozess müssen Qualifikationen erst durch Bildung erworben werden. Bildung bedeutet aber nicht nur Qualifikation, sondern auch in erster Linie Hinterfragen und Weiterdenken. Bildung ermöglicht also die Teilhabe am Produktionsprozess, ist aber gleichzeitig auch ein wichtiges emanzipatorisches Instrument. Nur mit neuem Wissen und neuen Fertigkeiten lässt sich die eigene Unmündigkeit überwinden. Bildung dient damit der Selbstverwirklichung.

Bildung ist in die Logik des kapitalistischen Systems integriert. Solange die meisten Menschen darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, beeinflusst der Grad an Bildung bzw. Qualifikation direkt den Preis ihrer Arbeitskraft. Wer über mehr Bildung verfügt, hat auch mehr Möglichkeiten bei der Gestaltung des eigenen Lebens. Doch auch auf den Inhalt kommt es an: Nicht jede Art von Wissen und nicht alle Fertigkeiten sind gleich verwertbar. Die Logik des Kapitalismus fördert deshalb die Tendenz, sich möglichst „marktgerecht“ zu bilden.

Schnittstellen zwischen einzelnen Bildungsabschnitten tragen zudem zur Teilung der Gesellschaft bei, denn beim Übergang von einer Stufe zur nächsten findet Selektion statt. Der beschränkte Zugang zu Kinderkrippe und Kindergarten, das dreigliedrige Schulsystem, fehlende Ausbildungs- und Studienplätze und stark reglementierte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen auf jeder Stufe nicht nur neue Ungleichheiten, sondern reproduzieren auch noch die alten. Dadurch wird Bildung zum vermeintlich objektiven Rechtfertigungsgrund für vorhandene Ungleichheiten.

Bildung wird damit zum umkämpften Feld im Kapitalismus. Sie ist nötig zur Produktion, sie ist aber auch eine der Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Das kapitalistische System begreift Bildung vor allem als Qualifikation, weshalb immer die Gefahr besteht, dass Bildung hierauf reduziert wird. Für uns muss dagegen der emanzipatorisch-kritische Aspekt Maßstab für gute Bildung sein. Auch wenn eine Forderung nach guter Bildung für alle auf allen Ebenen ein Einsatz für bessere Verwirklichungsmöglichkeiten im Kapitalismus bedeutet, ist klar, dass Bildung alleine das Konkurrenzsystem Kapitalismus nicht überwinden wird. Bildung wird auch bestehende Ungleichheiten niemals abschaffen können, denn die kapitalistische Konkurrenz lebt gerade von diesen Ungleichheiten. Bildungssysteme können aber durchaus unterschiedlich durchlässig gestaltet werden. Deshalb ist ihre Reform ein wichtiger Schritt zu stärkerer Gleichheit. Der Weg dahin ist für uns Jusos klar: Kinderkrippen- und Kindergärtenplätze müssen für alle kostenfrei verfügbar sein. Wir brauchen die Gemeinschaftsschule, genügend Ausbildungs- und Studienplätze, einen Anspruch auf Weiterbildung. Bildung muss zudem kostenlos sein.

Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten ist für uns zur Verwirklichung unserer Gerechtigkeitsvorstellungen notwendig, um Freiheit und Solidarität zu ermöglichen. Sozialstaat ist ein wesentliches Instrument, um Umverteilung zu organisieren.

Über das Einkommenssteuersystem muss wieder mehr Umverteilung stattfinden. Dafür muss der Spitzensteuersatz erhöht werden bei gleichzeitiger Anpassung der Progression, so dass kleine und mittlere Einkommen nicht stärker belastet werden. Zudem muss die Erbschaftssteuer ausgebaut, die Vermögenssteuer wiedereingeführt und die Mehrwertsteuer umgestaltet werden. Insbesondere gilt es des Weiteren auch Unternehmensgewinne und Finanzspekulationen zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.

In den Sozialversicherungssystemen gibt es einen Trend zur Privatisierung und dem Abbau von Leistungen. Dem treten wir entgegen. Wir sind für eine solidarische Finanzierung und gegen eine Leistungsbegrenzung. Unsere Instrumente sind die solidarische Bürgerversicherung und die Arbeitsversicherung, die immer wieder neue Perspektiven schafft für alle, weil nur so ein erträgliches Leben im Schlechten möglich wird.

These 35
Umverteilung
von oben nach
unten
organisieren

Die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in unserem Verständnis eine der zentralen Aufgaben des Staates, um Chancengleichheit zu erreichen. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation und Information, Wohnraum, Sparkassen, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen.

Würden diese Bereiche dem Markt überlassen, könnten viele Menschen ihr Leben nicht würdig gestalten und wären von der Gesellschaft ausgegrenzt. Deshalb ist es Ziel, dass der Staat den Zugang für alle zu diesen Schlüsselbereichen garantiert. Wo es erforderlich ist, sprechen wir uns für eine Vergesellschaftung der Bereiche aus, die nur unter öffentlicher Kontrolle unseren Ansprüchen entsprechen können. Nur wenn allen Menschen ein gleicher Zugang zu bestimmten Gütern garantiert wird, sind gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Durch die eigene Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern wird das Allgemeinwohl durch demokratische Kontrolle sichergestellt.

*„Frauen, die das Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern bekämpfen, Frauen, die der patriarchalischen Norm, dem zähesten und erbittertesten Feind des Menschseins, den Krieg erklären, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinne des Wortes, radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden!“
(Ingrid Strobl)*

Die kapitalistische Gesellschaft ist geprägt von Widersprüchen. Unterdrückung und Ungleichbehandlung gehören zu den prägenden Elementen und zeigen sich in vielfältigen Erscheinungsformen. Patriarchale Strukturen prägen auch im 21. Jahrhundert die gesellschaftlichen Verhältnisse unabhängig von Staatsform und Wirtschaftsweise. Es ist nicht zu leugnen, dass die Frauenbewegung in den letzten Jahrzehnten viel erkämpft hat. Dennoch gilt es festzuhalten: Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse sind auch über hundert Jahre nach den Anfängen der Frauenbewegung ungleich zugunsten der Männer verteilt. Die Erscheinungsformen des Patriarchats sind jedoch bei globaler Betrachtung unterschiedlich stark ausgeprägt. Selbst in Staaten, in denen Frauen formale gleiche Rechte haben wie Männer, sind patriarchale Strukturen noch nicht aufgebrochen, geschweige denn überwunden. Die zentralen Positionen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht werden ganz überwiegend von Männern besetzt. Frauen werden gesellschaftlich und beruflich nur subtiler, nicht aber weniger diskriminiert.

Die männlich strukturierte Gesellschaft zeigt sich auf vielen Ebenen. Für Frauen ist der Weg in führende Positionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre, Politik und Kirche schwerer. Sie erhalten weniger Lohn als gleichqualifizierte Männer und sind weitaus häufiger in Teilzeit, ohne Sozialversicherungspflicht oder in befristeten Arbeitsverhältnissen zu Niedriglöhnen beschäftigt - vor allem Frauen sind arm trotz Arbeit. Die Sorgearbeit in der Familie wird immer noch von Frauen getragen und ihnen durch die Gesellschaft als scheinbar naturgegeben zugeschrieben. Steuer- und Sozialsysteme sind auf den Mann als Ernährer und Versorger zugeschnitten. Es sind regelmäßig Frauen, die Opfer von Gewalt und Belästigung, von körperlicher und seelischer Unterdrückung sind. Auch Männer, die dem klassischen Rollenverständnis nicht entsprechen, sehen sich immer wieder Diskriminierungen ausgesetzt. Damit wird eine individuelle freie Entfaltung durch patriarchale Strukturen für beide Geschlechter wesentlich erschwert. Überkommene Rollenbilder und die Zuschreibung geschlechtsspezifischer Eigenschaften sind längst noch nicht überwunden.

These 36
Öffentliche
Daseins-
vorsorge

Kapitel VI
Feminismus

These 37
Patriarchat

These 38
Diskriminierung heute

Kapitalismus und das Patriarchat sind Herrschaftssysteme, die auf Ungleichbehandlung, Unterdrückung und Ausbeutung aufbauen. Jedes System, das auf ungleiche Verteilung von Macht und Wohlstand und Erhalt dieses Zustandes ausgelegt ist, bedient sich des patriarchalen Prinzips. Deshalb dienen Kapitalismus und Patriarchat einander als sich gegenseitig stützende und schützende Prinzipien. Die ungleiche Verteilung und Bewertung von Produktions- und Reproduktionsarbeit und die damit einhergehende Benachteiligung von Frauen ist Ausdruck davon.

Eine Gesellschaftsordnung, die das kapitalistische Prinzip überwindet, ist nicht notwendig eine, in der sich die Frauenfrage erledigt hat. Allerdings kann nur in einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung verzichtet, auch Gleichheit der Geschlechter erreicht werden.

Wir Jusos erstreben eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht ein scheinbar männliches Prinzip das leitende ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt in dem Sinne, dass alle Menschen die gleiche Freiheit leben können - ein Leben in Selbstbestimmung und ohne starre Rollenbilder, unter gleicher Teilhabe an Macht und Einfluss, ohne geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Sexismus.

Die Gleichheit der Geschlechter ist grundlegende Idee einer auf Emanzipation angelegten Strategie. Dabei geht es nicht um Negierung von Individualität oder das Ignorieren unterschiedlicher Betroffenheiten. Nur die Gleichheit von Lebenschancen und Voraussetzungen schafft jedoch überhaupt erst die Bedingung, um Verschiedenartiges leben zu können. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung sind unsere grundlegenden Ziele. Dazu bedarf es der Veränderung von Strukturen. Solange die patriarchalen Strukturen nicht überwunden sind, bedarf es zudem gezielter Instrumente, die die Benachteiligung von Frauen ausgleichen.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist ebenso prägendes Strukturmerkmal des Patriarchats wie die geringe Beteiligung von Frauen an gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht. Wir brauchen daher eine sanktionierte Regelung für die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen. Wir brauchen ein Steuer- und Sozialrecht, das individuelle Lebensentwürfe fördert und absichert und nicht den männlichen Familienernährer. Eine Privilegierung der Ehe durch das Recht lehnen wir ab. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die existenzsichernde Beschäftigung schafft, und einen Arbeitsmarkt, auf dem gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt wird. Wir brauchen eine berufliche Bildung, die weder typisch weiblich, noch typisch männliche Berufsbilder produziert. Wir brauchen eine Familienpolitik, in der Elternzeit zwingend von Vätern und Müttern je zur Hälfte übernommen wird. Nur so trifft das Risiko, aus dem Berufsleben zu fallen, beide Geschlechter. Verantwortung für Familie und gleiche Chancen im Beruf sind dann für alle möglich, wenn Arbeitszeiten gerechter verteilt und kürzer werden.

Die derzeitigen Debatten um den Feminismus des 21. Jahrhunderts sind zwiespältig. Es ist gut und richtig, dass - bei früheren und aktuellen Versuchen des Roll-Backs und der Umkehr der Verhältnisse - Frauenfrage und Feminismus wieder zurück und neu auf der öffentlichen Tagesordnung sind.

Wir wehren uns jedoch gegen den Versuch, Feminismus auf das Feuilleton zu reduzieren. Dem Vorhaben, Generationen der Frauenbewegung und des Feminismus gegeneinander auszuspielen, erteilen wir eine Absage. Unsere Verbündeten finden wir überall da, wo die Frauenfrage das politische Handeln bestimmt.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

These 39
Produktion
und Reproduktion

These 40
Perspektive

These 41
Strategie

These 42
Feminismus

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit von Menschen ist. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus, einer Volksgemeinschaftsideologie sowie dem Glauben an die Durchsetzung seiner Vorstellungen durch Gewalt, sei es durch den starken Staat oder durch eigenes Handeln, wie es im Falle brennender Asylbewerberheime oder militante Neonazis zu sehen war. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.

These 43
Rechts-
extremismus

Rechtsextremismus ist kein ausschließliches Jugendproblem. Das Potential an rechtsextremen Einstellungen ist in der gesamten Gesellschaft und das heißt auch in sämtlichen Altersgruppen hoch. Inwieweit es für rechtsextreme Gruppierungen gelingt, dieses abzugreifen, ist unterschiedlich. Seit der Wiedervereinigung ist allerdings zu beobachten, dass die radikale Rechte vor allem im Ostteil des Landes in ein Vakuum stoßen konnte, dass durch das Fehlen progressiver gesellschaftlicher Akteure entstand. Die Wahlerfolge der NPD und die schleichende Etablierung rechtsextremen Kleidungsstils bei Jugendlichen sind ein Indiz dafür, dass rechtsextreme Einstellungen von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert werden.

These 44
Formen des
Rechtsextre-
mismus

Trotz ihres desolaten Zustands ist die NPD eines der größten Probleme in diesem Zusammenhang. Die öffentlichen Mittel helfen der NPD, ihre Strukturen zu verstetigen. Daneben wird die Zusammenarbeit mit den neonazistischen Kräften intensiviert.

NPD-Kader geraten wegen Körperverletzungs- und Volksverhetzungstatbeständen immer wieder in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden. Gebietsweise konnte die NPD ihr Drei-Säulen-Konzept vom Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente umsetzen, dort gibt es No-Go-Areas.

Neben dem Fokus auf Nationalsozialismus arbeitet die NPD mit der sozialen Frage, wie zum Beispiel bei ihren Versuch, auf die globalisierungskritische Bewegung anlässlich des G-8-Gipfels in Heiligendamm im Jahr 2007 aufzuspringen. Inzwischen fordert sie sogar einen Mindestlohn nur für Deutsche.

These 45
Gegen-
strategien

Die wichtigsten Elemente bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus sind die Aufklärung und die Förderung einer antifaschistischen Gegenkultur. Momentan leidet die öffentlich geförderte antifaschistische Arbeit darunter, dass sie einerseits politischen Konjunkturen und andererseits spezifischen haushaltspolitischen Konstellationen unterworfen ist. Damit ist es schwierig, eine nachhaltige Unterstützung auf die Beine zu stellen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist aber nur wirkungsvoll, wenn er eine langfristige Strategie verfolgt. Eine Lösung, um die finanziellen Mittel kontinuierlich zu sichern, ist eine Bundesstiftung für Demokratische Kultur.

Ein gut vorbereitetes NPD-Verbotsverfahren, der auf staatlich alimentierte NPD-Kader als V-Leute verzichtet, ist eine Möglichkeit, rechtsextreme Strukturen effektiv zu schwächen.

Kampf gegen Rechtsextremismus heißt vor allem, selbst aktiv zu werden. Diejenigen, die antifaschistische Politik nicht nur als Lippenbekenntnis vor sich her tragen, sondern in praktische Politik umsetzen, haben unsere Solidarität. Wir empfinden es als Doppelmoral, wenn zum einen wie im Rahmen des Aufstand des Anständigen von offizieller Seite zum Kampf gegen Rechts aufgerufen wird und zum anderen diejenigen, die dann aktiv werden, Strafverfahren kassieren. Ein Ende der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements ist für uns zwingend.

Daneben gilt es, die Problematik stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken: Rechtsextremismus ist nicht nur dann dramatisch, wenn die NPD wieder einen Wahlsieg errungen hat, ein jüdischer Friedhof geschändet wurde oder ein besonders brutaler Angriff auf Migrant/innen stattgefunden hat. Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches und dauerhaftes Problem.

Rassismus soll vermeintlich oder tatsächlich wahrgenommene Unterschiede als Kriterien für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe rechtfertigen. Damit geht eine Diskriminierung aufgrund dieser Zugehörigkeit einher.

Rassistisches Gedankengut findet in vielen Varianten Einzug in die Mitte der Gesellschaft. Sei es durch Wohlstandschauvinismus und Fremdenfeindlichkeit oder durch verbale Entgleisungen von Personen des öffentlichen Lebens oder in großen deutschen Zeitungen zu Zeiten sportlicher Großereignisse wie der Fußballweltmeisterschaft. Insbesondere die Zuwanderungsdebatte wird immer wieder von rassistischen Zwischentönen, gerade von Politiker/innen, überlagert. Wir Jusos setzen uns für ein Menschenbild ein, das frei ist von Nützlichkeitsabwägungen. In einer offenen Gesellschaft, so wie wir sie fordern, ist kein Platz für Diskriminierung und Rassismus. Dafür muss ein offensiver Kampf um das gesellschaftliche Klima stattfinden.

Ebenso muss es aber ein Umdenken im staatlichen Umgang mit Flüchtlingen und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft geben. Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft ohne Grenzen. Alles, was dazu beiträgt, dass Menschen daran gehindert werden, in dieses Land zu kommen, findet unsere Kritik.

Wir wollen, dass das Asylrecht im Grundgesetz wiederhergestellt wird und kämpfen für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Das Schnellverfahren am Flughafen, die Residenzpflicht und Abschiebegefängnisse sind für uns nicht akzeptabel und gehören abgeschafft.

Im Gegensatz zum Rassismus wird im Antisemitismus „der Jude“ nicht als minderwertiger Untermensch betrachtet, sondern Spinne im Netz des globalen Finanzkapitals gesehen, dass sich in Stellung gegen das „gute“ einheimische produktive Kapital bringe.

Die Shoa mit über sechs Millionen industriell ermordeten Jüdinnen und Juden war ein unfassbarer, entsetzlicher Tiefpunkt des jahrhunderte-alten Antisemitismus und eine spezielle Folge des vor allem in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreiteten völkischen Antisemitismus. Der Holocaust wurde in seiner vernichteten Qualität erst möglich, weil die Antisemiten das Konstrukt einer „jüdischen Rasse“ schufen, die, im Gegensatz zum religiösen Antijudaismus, nur durch Vernichtung beseitigt werden könne. Diese Denktradition gibt es vor allem im deutschen Antisemitismus noch immer.

Antisemitismus ist auch heute noch weit verbreitet. Ausdruck finden diese Überzeugungen zum einen in Opfer-Täter-Verdrehungen, geschichtsrevisionistischen Meinungen, die vor allem im rechts-extremen Spektrum von der Relativierung des Holocaust bis zur Leugnung desselben reichen. Aber auch außerhalb ausgewiesener Rechtsextremisten zeigt sich in der Mitte der Gesellschaft das Bedürfnis, die Erfahrungen des Holocaust zu relativieren und einen „Schlusstrich“ unter die Geschehnisse zu setzen. Weltverschwörungstheorien kursieren, die Jüdinnen und Juden in den Mittelpunkt dunkler Mächtschaften rücken und ihnen als Kollektiv den Griff nach der Weltherrschaft und Unterdrückung anderer unterstellen.

Diese Äußerungen erscheinen gerade in Zeiten, in denen in Deutschland nach wie vor keine Synagoge, kein jüdischer Kindergarten oder keine jüdische Gemeindeeinrichtung ohne Polizeischutz existieren kann wie der blanke Hohn.

These 46
Rassismus

These 47
Flüchtlings-
politik

These 48
Antisemitis-
mus

Neu ist, dass innerhalb der politischen Kultur Deutschlands offener Antisemitismus nicht mehr als legitime politische Meinung anerkannt wird. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein konsistenter Antisemitismus nach wie vor in der deutschen Gesellschaft virulent ist und der Antisemitismus statt eines offenen Bekenntnisses zur Judenfeindschaft über andere Ventile artikuliert wird. Über die pauschale Kritik am Staat Israel bricht sich der nach wie vor verbreitete Antisemitismus oftmals Bahn.

Der Versuch, sich der deutschen Täterrolle zu entledigen, indem überzogene Kritik am Staate Israel formuliert und im Nahost-Konflikt einseitig Stellung zugunsten der Palästinenser bezogen wird, ist ein Beispiel für ein solches Ventil. Der Nahost-Konflikt ist weitaus komplexer und nicht in einfachen schwarz-schweiß-Bildern beschreibbar. Oftmals geht aber die gesellschaftliche Diskussion gerade in diese Richtung. Gerade aus der deutschen Gesellschaft werden den Israelis Methoden innerhalb dieses Konfliktes vorgeworfen, die mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik der Jahre 1933-45 assoziiert werden.

Wir sehen unsere politische Verantwortung darin, in der Gesellschaft und vor allem in der gesellschaftlichen Linken für ein differenziertes und solidarisches Israelbild zu werben. Gruppierungen, die sich mit der Hamas oder anderen radikalislamistischen Bewegungen solidarisieren oder das Existenzrecht Israels negieren, stellen für uns keine BündnispartnerInnen dar. Die Bekämpfung des Antisemitismus muss auch dort mit Konsequenz geführt werden, wo sie sich als quasi-legitime Kritik am Staate Israel äußert. Antisemitismus ist in allen seinen Formen das Gleiche: eine menschenverachtende, mörderische Ideologie.

Wir Jusos sehen uns als sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband. Das bedeutet die internationale Arbeit ist Teil der tag täglichen Arbeit des ganzen Verbandes. Unsere Ideen und unser Kampf hören nicht an den Landesgrenzen auf.

Wir Jusos denken international.

Wir arbeiten an einer Bewegung internationaler Solidarität. Wir Jusos wissen, dass wir Veränderungen nur in Kooperation mit anderen fortschrittlichen Organisationen auf regionaler und internationaler Ebene, erreichen können. Deshalb engagieren wir uns in internationalen Organisationen wie der IUSY und der ECOSY und mit unserem Projekt WBC in Jerusalem.

Wir setzen uns ein für eine gerechte Weltordnung. Der globale Kapitalismus in seiner heutigen Form produziert wenige Gewinner und viele Verlierer. Eine Produktionsweise die allein auf Gewinnmaximierung basiert, nimmt keine Rücksicht auf soziale und ökologische Folgewirkungen und widerspricht damit einer nachhaltigen Entwicklung. Es geht deshalb darum die Globalisierung nicht nur zu gestalten, sondern diese Welt nachhaltig zu verändern. Eine andere Welt ist notwendig.

Die Spaltung der Welt konnte bis jetzt nicht überwunden werden. Die Nord-Süd Frage stellt sich heute immer noch, die zum Millennium ausgerufenen Ziele, die Armut zu halbieren oder z.B. mehr Menschen den Zugang zu sauberen Trinkwasser zu gewähren, werden aller Wahrscheinlichkeit nicht eingelöst werden können. Entwicklungshilfe ist deshalb für uns keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben in Würde. Nach diesem Ziel muss Entwicklungshilfe ausgerichtet werden und nicht nach den Interessen der deutschen Wirtschaft, wie das oft der Fall ist.

These 49
Anti-
semitismus
in Form von
Israelkritik

Kapitel VIII
**Internatio-
nalismus
- Anti-
militarismus**

These 50
Inter-
nationalismus

Der Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft stand immer schon im Mittelpunkt unserer Organisation. Die Anfänge der Jusos waren geprägt durch den Kampf gegen den 1. Weltkrieg. Gegen den Burgfrieden mit dem Kaiser und den bürgerlichen Parteien und den aufkommenden Nationalismus. Nach dem 2. Weltkrieg hieß die Parole „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“.

Kriege werden im Kapitalismus von bürgerlichen Staaten nicht interessensfrei geführt. Um als SozialistIn und AntmilitaristIn (wohlgemerkt nicht als PazifistIn) den Charakter einer militärischen Auseinandersetzung zu bestimmen, müssen die ökonomischen Grundlagen und die weltpolitische Rolle der beteiligten Staaten analysiert werden.

Heute im Jahr 2008 sind wir konfrontiert mit einer rasanten Normalisierung des Krieges als legitimes Mittel der deutschen Politik.

Die Strategie der kontinuierlichen Gewöhnung an die weltweiten Bundeswehreinätze 1992 in Kambodscha, 1993 in Somalia, 1995 mit der SFOR in Bosnien hatte Erfolg. Die Akzeptanz gegenüber militärischen Einsätzen stieg in der Bevölkerung mit jedem Mal. Das Ziel Deutschlands, auf der internationalen Ebene nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch eine gleichberechtigte Rolle zu spielen, war mit der Beteiligung am Kosovo-Krieg endgültig erreicht. Der Kosovo-Krieg war ein Wendepunkt der Außenpolitik, da das erste Mal in der Nachkriegs-Ära Deutschland sich an einem Angriffskrieg beteiligt hat. Diesen Kriegseinsatz hat unter Rot-Grün stattgefunden und wurde von Rot-Grün innenpolitisch durchgesetzt. Dort wurde letztlich erfolgreich versucht, die Zustimmung der Bevölkerung mit einer besonders bekämpfenswerten Legitimationsstrategie, indem Hitler- und Auschwitz-Vergleiche über die deutsche Medienlandschaft hinwegrollten, zu erreichen.

Seither geht es nicht mehr um eine Grundsatzfrage, sondern darum ob und wann. Ja zu Afghanistan und nein zum Irak, so lässt sich kurz die Politik der Sozialdemokratie im Moment charakterisieren.

Legitimiert wird diese Wende durch ein neues Bild des Krieges, das Bild eines sauberen Krieges soll gezeichnet werden. Man spricht von chirurgischen Eingriffen und zielgenauen Bomben. Das wahre Gesicht des Krieges soll vertuscht werden.

Oberste Priorität hat es inzwischen nach Außen den Schein zu wahren. Das Risiko von Bildern toter Soldaten, die das schöne Bild scheinbar ungefährlicher Kriege stören könnten, wird durch Luftkriege oder durch Vergabe von gefährlichen Aufträgen an private Söldnerfirmen minimiert.

Die Realität sieht anders aus: Es gibt keinen neuen Krieg, kein humanes Gesicht des Krieges. In mehr als 40 Staaten herrscht derzeit Krieg oder Bürgerkrieg. Das in den Genfer Konventionen niedergelegte Prinzip der Unterscheidung zwischen Soldaten und Zivilisten wird in den heutigen Kriegen weitgehend missachtet. Am Anfang des vorigen Jahrhunderts waren 95 Prozent der Kriegesopfer Soldaten. Inzwischen stieg der Anteil der zivilen Opfer auf 90 Prozent.

Russland und die USA sprechen inzwischen auch offen von Aufrüstung, nachdem jahrelang unter dem Deckmantel der Professionalisierung von Armeen aufgerüstet wurde. Selbst der nukleare Erstschatz findet sich in offiziellen Papieren wieder. Auch die Staaten der EU sind zentral an Aufrüstung beteiligt. Angriffskriege werden heute nicht mehr geächtet.

These 51
Anti-
militarismus

These 52
Militarisie-
rung der
deutschen
Außenpolitik

These 53
„Neue Kriege“

Es fehlt heute an einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Militär. In Deutschland wird die Bundeswehr mehr als Friedenshelfer und Brunnenbauer gesehen, als als das was sie ist: eine Armee. Das Hamburger Parteiprogramm ist nur voll des Lobes über die Bundeswehr. Kritische Töne sind unerwünscht. Für uns ist das Militär Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Wir arbeiten langfristig an einer Welt ohne Militär. Des Weiteren gilt für uns: jeder hat das Recht, den Dienst an der Waffe zu verweigern. Wir setzen uns darüber hinaus für die Abschaffung der Wehrpflicht ein.

Im Zuge der neuen Militärstrategie wird die Entwicklungspolitik immer mehr in die Einsatzplanung miteinbezogen. NGOs übernehmen Stück für Stück militärische Aufgaben, wenn sie sich z.B. um Zivilisten in besetzten Gebieten kümmern. Entwicklungspolitik wird aber auch als Argument für Kriegseinsätze herangezogen. Der Schutz von NGOs vor Ort wird zum offiziellen Grund Soldaten zu stationieren, wie es z. B. in Afghanistan geschehen ist.

Wir lehnen eine Militarisierung der Entwicklungspolitik ab.

Eng verbunden mit der Frage der Militarisierung war und ist die Frage des Nationalismus und des Chauvinismus. Wir Jusos lehnen es ab uns in unseren Ideen und Zielen auf ein Land zu beschränken. Wir Jusos sind internationalistisch. Wir verlieren die Folgen von Politik nicht aus dem Blickfeld, wenn sie die Landesgrenzen überschreitet. So haben die letzten Unternehmenssteuerreformen in Europa einen Steuerwettbewerb nach unten entfacht. Wir machen Politik für Menschen – für Menschen weltweit. Für uns gibt es kein legitimes deutsches Interesse. Wer für Frieden kämpfen will, der muss auch nein sagen zu Standortwettkämpfen. Wir stehen ein für eine gerechte Welt.

Prävention wird immer mehr degradiert auf Gespräche und offizielle Tagungen und damit Stück für Stück delegitimiert und als wirkungslos dargestellt. Prävention ist nicht Dialog, sondern soll Dialog ermöglichen. Prävention schafft ein Umfeld in dem es möglich ist Konflikte gewaltfrei zu lösen. Prävention bedeutet, eine internationale rechtliche Regulierung zu schaffen und dieses auch mit Leben zu füllen. Dazu muss die UN handlungsfähiger sein. Abrüstungsverträge müssen von allen Staaten eingehalten werden. Prävention bedeutet, dass Krieg kein legitimes Mittel der Politik sein darf, Krieg muss offiziell geächtet werden. Prävention bedeutet, dass eine gerechte Weltwirtschaftsordnung angestrebt wird, von der alle Menschen profitieren.

Wir Jusos haben als internationalistischer Richtungsverband immer für die Integration der europäischen Staaten gekämpft. Die Überwindung der europäischen Nationalstaaten war dabei stets unser Leitbild. Die Nationalstaaten sind noch nicht überwunden, dennoch ist Europa heute bereits in vielen Bereichen Realität. Europa muss uns Jusos aber mehr sein als ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion. Das heutige Europa der 27 Mitgliedsstaaten muss ein soziales Europa sein. Um eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialleistungen in Europa zu verhindern, brauchen wir soziale Mindestnormen auf europäischer Ebene. Wir Jusos fordern daher ein System europäischer Mindestlöhne, eine europäische Höchstarbeitszeit und eine EU einheitliche Mindestbesteuerung von Unternehmen durch eine EU Körperschaftsteuer. Wir fordern darüber hinaus auch die Demokratisierung der europäischen Wirtschaft durch Mitbestimmung in den Betrieben. Wir setzen uns daher für die Schaffung Europäischer Betriebsräte ein. Europa ist nach Innen heute weitgehend ein Europa ohne Grenzen. Nach Außen ist Europa aber zu einer Festung geworden. Aus Entwicklungsländern ist es nahezu unmöglich geworden nach Europa zu reisen geschweige denn einzuwandern. Diese Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge und fordern daher die Öffnung der Außengrenzen der Europäischen Union.

These 54
Bundeswehr

These 55
Rolle von
Entwicklungspolitik

These 56
Nationalismus

These 57
Prävention

These 58
Ein soziales
Europa

Es waren und sind die Jusos, die ökologische Fragestellungen in die Sozialdemokratie herein getragen haben. Ohne die Jusos wäre es fraglich, ob die SPD heute so vehement für den Atomausstieg kämpfen würde. Doch ist es uns bisher nicht gelungen, Ökologiepolitik stringent innerhalb einer gesamtgesellschaftlichen Analyse zu entwickeln.

Linke Umweltpolitik bewegt sich innerhalb eines Paradoxons. Einerseits hat der technische Fortschritt auch zu zivilisatorischen Fortschritten geführt. Andererseits ist durch die energieintensive Produktions- und Lebensweise, die mit dem Fortschritt einher ging, der Planet an den Rande dessen gekommen, was ökologisch verantwortlich erscheint.

Die technische Möglichkeit, zumindest im theoretischen Sinn (es ist uns bewusst, dass durch Grenzen nicht für alle Menschen diese Bewegungsfreiheit de facto besteht), alle Weltregionen innerhalb kürzester Zeit erreichen zu können, hat die Menschheit näher zueinander gebracht und damit fortschrittlichen Charakter.

Die umweltpolitischen Folgen dieser Entwicklung können wir allerdings trotzdem nicht außer Acht lassen. Als SozialistInnen fordern wir für alle das gleiche Recht auf Teilhabe. Dies schließt Mobilität und Teilhabe am technischen Fortschritt für alle ein. Deshalb können wir keine Politik unterstützen, die Emissionen und Energieverbrauch durch eine künstliche Verteuerung senken will. Wir wissen aber auch, dass durch die kurzfristige Profitlogik des Kapitalismus politische Handlungslosigkeit in die ökologische Katastrophe führen würde. Klimaveränderungen und Umweltprobleme sind langfristigen Zeitspannen unterworfen. Das Klima verhält sich träge, das heißt, Effekte politische Maßnahmen sind teilweise erst in 30 Jahren spürbar.

Diese langen Zeiträume widersprechen der immanenten Logik des Kapitalismus. Seine zuvor erwiesene Flexibilität, auf Veränderungen zu reagieren, werden deshalb voraussichtlich im umweltpolitischen Bereich ins Leere laufen. Das erfordert politische Reaktionen. Diese müssen von links kommen, da sich ansonsten neue gesellschaftliche und soziale Spaltungen entlang der Ökologiefrage auftun werden. Das Dilemma sozialistischer Politik ist aber, dass wir bisher noch keine überzeugende Antworten von links auf diese Entwicklungen formulieren konnten.

Wir wollen eine moderne Umweltpolitik, die sich nicht gegen den technischen Fortschritt richtet, sondern auf ihn baut. Wir möchten nicht, dass dies zu Entwicklungshindernissen für die Weltregionen außerhalb der westlichen Hemisphäre führt. Das bedeutet aber auch, dass damit die reichen entwickelten Staaten eine besondere Verantwortung haben. Trotz aller Diskussionen, dass die Verknappung fossiler Brennstoffe scheinbar auf den „Energiehunger“ aufstrebender Staaten wie China und Indien zurückzuführen ist, bleibt festzuhalten, dass der mit Abstand größte pro Kopf Energieverbrauch immer noch in den entwickelten Industriestaaten erfolgt. Die Folgen spüren vor allem die Menschen in den armen Regionen dieser Welt. Wir wollen internationale Abkommen, die zu geringeren CO₂-Emissionen und mehr Umweltschutz führen. Wir sind uns zugleich aber bewusst, dass zuallererst Handlungsbedarf bei uns selbst besteht, bevor wir mittels Machtpolitik, Abkommen und mit dem moralischen Zeigefinger sozialen Fortschritt für Menschen aus anderen Weltregionen erschweren indem wir ihnen das verweigern, was wir selbst zuvor für uns beansprucht haben.

These 59
Ökologie
innerhalb der
Sozial-
demokratie

These 60
Schwierigkeit
linker Ökolo-
giepolitik

These 61
Linke
Ökologie-
politik

Als SozialistInnen glauben wir nicht daran, dass eine Rückkehr zu einer „ursprünglichen“ Lebensweise die Lösung des Problems ist. Das stellt vielmehr eine reaktionäre Antwort auf die drängenden Fragen im Umweltbereich dar. Dies war der Denkfehler vieler Aktivistinnen und Aktivisten der Ökologieszene. Mittels solcher Konzepte versucht mittlerweile auch die politische Rechte an die Umweltbewegung anzudocken.

Wir wollen vielmehr den technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschheit nutzen. Wir müssen Konzepte dafür entwickeln, wie Technologie nicht kurzfristigen Profiten nutzt, sondern vernünftig, Energie schonend und den Lebensstandard erhaltend zum Einsatz kommen kann. Als erste Maßnahmen fordern wir, gesellschaftliche Infrastruktur wieder unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Es darf nicht sein, dass aus Profitmotiven Kraftwerke mit geringeren Wirkungsgraden und damit umweltschädlicher gebaut werden, als dies nötig wäre. Hier zeigt sich ein weiteres Mal die Unvernunft des Kapitalismus, der auf die drängenden Fragen der Gegenwart keine Antwort bereithält. Von selber wird es Investitionen in die Bereich, die wir für notwendig erachten nicht geben. Dort muss der Staat als Pionier eingreifen.

Wir verwahren uns aber gleichzeitig vor einem undifferenzierten quasireligiösen Glauben, dass technischer Fortschritt automatisch die Lösung der Umweltproblematik mit sich bringe. Es kommt erstens darauf an, unkalkulierbare Folgen des technologischen Fortschritts zu benennen und zu begrenzen und zweitens den Fortschritt in einem aufklärerischen und im Sinne der Vernunft zum Wohle der Menschheit zu nutzen. Dies schließt seine umweltpolitischen Auswirkungen mit ein.

„Alle unsere Bemühungen um Befreiung waren bedingt vom Versuch, die Vorherrschaft der Autoritäten abzuwerfen und endlich dorthin zu gelangen, wo wir selbst zu urteilen und zu bestimmen hatten. Dabei gerieten wir immer wieder vor die von oben, die uns erklärten, wir wüssten nicht, was das Richtige für uns sei und dass deshalb die Führung für uns handeln müsse...

Dies ist es, was ich sagen wollte. Dass keine Gleichheit vorhanden ist. Dass wir immer, so sehr wir uns auch um Unabhängigkeit bemühen, auf jemanden stoßen, der uns vorschreibt, was wir zu tun haben. Dass wir unaufhörlich reglementiert werden. Dass alles, was uns vorgesetzt wird, noch so richtig sein kann, und dass es doch falsch ist, solange es nicht von uns, von mir selbst kommt.“

(Peter Weiss)

Sozialistische Politik bei den Jusos stellt das Individuum vor Schwierigkeiten, mit denen wir solidarisch und unterstützend umgehen müssen. SozialistIn zu sein heißt heute, in der Gesellschaft eine Außenseiterrolle einzunehmen. Viele politische Kämpfe werden aus der Defensive geführt und/oder verloren. Die Auseinandersetzung mit dieser Schwierigkeit sollte nicht nur individuell erfolgen, sondern gehört auch zu einer solidarischen gemeinsamen politischen Arbeit.

Die Praxis sozialistischer Politik hat einen Moment von Befreiung, weil sie zeigt, dass über Grenzen unserer Gesellschaft hinaus gedacht werden kann. Es zeigt, dass es auch andere Menschen gibt, die ebenfalls die Verhältnisse überwinden wollen, deren Schranken jedes Individuum irgendwann im Laufe seines Lebens zu spüren bekommt. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kollektive auch Zwang und Druck ausüben können. Das Spannungsverhältnis von Kollektiv und Individuum ist uns bewusst, kann jedoch zu keiner Seite aufgelöst werden.

Politik braucht die Organisierung im Kollektiv und braucht das selbstbestimmte Individuum.

Gemeinsam sozialistische Politik machen hat auch deshalb ein befreiendes Moment, weil in ihr bereits auch überwunden werden kann, was wir bekämpfen.

Bewertungen von Menschen nach kapitalistischer Leistungslogik, Ausgrenzung aufgrund sexueller Orientierung, Sexismus und andere Diskriminierungsformen haben bei

These 62
Konkrete
Handlungs-
ansätze

Kapitel X
Zum Finale

These 63
Kollektiv und
Individuum

uns keinen Platz.

SozialistInnen in der SPD leben im Widerspruch. In der Partei werden SozialistInnen häufig als Linksaußen wahrgenommen. Innerhalb der gesellschaftlichen Linken sehen wir uns vielerorts dem Vorwurf des Opportunismus ausgesetzt. Ersteres birgt die reale Gefahr der Anpassung an vermeintliche machtpolitische Zwänge. Dabei geht es nicht darum, pauschal Vorwürfe gegen Individuen zu erheben. Vielmehr müssen wir Strukturen schaffen, in denen dieser Gefahr begegnet werden kann.

Das bedeutet vor allem, verbindliche und kollektive Zusammenhänge zu schaffen, die dem Anpassungsdruck innerhalb von parteipolitischen Strukturen entgegenwirken können.

Zweiteres, d.h. der Opportunismusvorwurf, birgt die Gefahr des Rückzugs aus der gesellschaftlichen Linken. Hier hilft nur die Einsicht in die Notwendigkeit des Austausches und der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern.

Die Auflösung des Widerspruchs lag in der Vergangenheit für einige im Austritt. Das ist ein Trugschluss. Politisch Handeln in der derzeitigen Gesellschaft kann nicht widerspruchsfrei erfolgen, weil wir uns auf Regeln, Mechanismen und Bedingungen einlassen müssen, die nicht die unseren sind. Dies wäre auch in anderen Parteien, Verbänden, Initiativen und Gruppen der Fall. Ohne ein Eingehen auf die Widersprüchlichkeit sozialistischer Politik im Kapitalismus wäre jedoch politisches Handeln in der Gegenwart nicht möglich. Deshalb gilt es, in den Widersprüchlichkeiten tagtäglich darum zu kämpfen, die grundsätzliche Orientierung auf eine andere Gesellschaft zu erhalten und dennoch im Hier und Jetzt für Veränderungen zu kämpfen.

Der Bundesvorstand der Jusos im Juni 2008